



Die KPÖ und die Konstituierung der Provisorischen Regierung Renner

MANFRED MUGRAUER

Je klarer sich die baldige militärische Niederlage des Hitlerregimes abzuzeichnen begann, desto stärker wandte sich die KPÖ-Exilführung in Moskau konkreteren politischen Planungen für die Nachkriegszeit zu. Ihre Vorstellungen über die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Österreich nach Überwindung des Hitlerfaschismus formulierte sie dabei klar aus der Perspektive eines künftig bedeutenden politischen Faktors, einer am demokratischen Wiederaufbau mitgestaltenden Kraft.¹

Die Exilvorstellungen der KPÖ

Am deutlichsten finden sich jene Vorstellungen, auf deren Grundlage die österreichischen Kommunisten in den Verhandlungen über die Bildung einer provisorischen Staatsregierung auftraten, in einem im April 1945 noch in Moskau vorgelegten fünfseitigen Aktionsprogramm. Der erste Teil dieser (nicht als solche bezeichneten) „Politischen Plattform“ umfasst die Forderungen der KPÖ nach der Konstituierung einer Provisorischen Nationalversammlung und einer Provisorischen Regierung. Wurde im Manifest „Die Wiedergeburt Österreichs“ aus dem Jahr 1944 noch ganz allgemein von einer aus dem Freiheitskampf hervorgehenden Regierung „der freien unabhängigen demokratischen Volksrepublik [...] auf breitester Grundlage“² ausgegangen, erfolgte nunmehr eine dahingehende Konkretisierung, dass diese von einer Nationalversammlung gewählt werden solle, wobei die Nationalversammlung aufgrund der Okkupation seit 1938 nicht aus einer vorhandenen Körperschaft hervorgehen und ebenso wenig an Körperschaften der Jahre vor 1938 anknüpfen könne, da das Parlament bereits 1933 und die politischen Parteien 1934³ aufgelöst worden seien. Genauso wenig könne das alte Parlament wiederhergestellt werden, da diesem pronazistische und faschistische Parteien wie die Großdeutschen, die Heimwehren und Landbündler angehör-

ten, sowie die Christlichsoziale Partei, die sich selbst auflöste. Insofern müsse die Provisorische Nationalversammlung „auf vollkommen neuer Grundlage gebildet werden“. Konkret wurde dabei an die „nach einem vereinbarten Schlüssel“ zu erfolgende Entsendung von Deputierten der Gemeindeverwaltungen gedacht, „wobei nicht auszuschließen ist, dass auch die demokratischen Parteien und Massenorganisationen, sowie Kampforganisationen der patriotischen Widerstandsbewegung durch besondere Abgeordnete vertreten [sein] werden“. Um auf diesem Weg zu einer Provisorischen Nationalversammlung zu gelangen, wurde die „Wiederherstellung der demokratischen Parteien und Massenorganisationen“, sowie die „Wiederherstellung der demokratischen Selbstverwaltung der Gemeinden“ als „erste Voraussetzung“ angesehen. Konkret wurden in diesem Zusammenhang die Kommunistische Partei, die Sozialdemokratische Partei, die „Christlichsoziale oder eine andere katholische Partei“, sowie die Gewerkschaften und der „Bauernbund“, auf dessen Charakter nicht näher eingegangen wurde, genannt. Die Provisorische Nationalversammlung wiederum solle eine Provisorische Regierung wählen, in der neben allen demokratischen Parteien auch die Massenorganisationen vertreten sein müssen. Angeführt werden in dieser Hinsicht „Kommunisten, Sozialdemokraten, Katholiken, bürgerliche Demokraten, Gewerkschaften, Bauernbund“.⁴

Was den Regierungschef betrifft, so wäre es „am zweckmässigsten, als Vorsitzenden der Regierung einen angesehenen Parteilosen zu wählen, dem ein Präsidium zur Seite steht, in dem jede Partei durch einen Minister ohne Portefeuille vertreten ist“.⁵ In einem Entwurf *Ernst Fischers* findet sich diese Forderung in ähnlicher Textierung leicht konkretisiert: Vorsitzender der Regierung solle „womöglich ein bekannter Parteiloser sein (Hochschulprofessor oder ähnliches). Neben ihm ein

Dreimänner-Präsidium: ein Kommunist, ein Sozialdemokrat, ein Katholik (allenfalls auch ein bürgerlicher Demokrat).“ Was die kommunistische Beteiligung an der Regierung betrifft, so gingen die Vorstellungen *Fischers* zu diesem Zeitpunkt noch über jene Forderungen hinaus, die später im Rahmen der Parteienverhandlungen in Wien erhoben wurden: „Die Kommunisten beanspruchen auf jeden Fall das Innenministerium (besonders die politische Polizei muss von Kommunisten organisiert und geleitet sein), das Volkserziehungsministerium und das Wirtschaftsministerium.“ Zu diesem Zeitpunkt war es für die KPÖ-Exilführung in Moskau völlig unklar, welche Persönlichkeiten aus dem sozialdemokratischen und bürgerlichen Lager für eine Regierungsbildung zur Verfügung stehen würden. Jedenfalls kämen für Regierungsfunktionen nur „politische und sonst bekannte Persönlichkeiten“ in Frage, „die nicht kompromittiert sind und sich entschieden zu einem freien, unabhängigen, demokratischen Oesterreich bekennen“. Neben *Karl Seitz*, *Leopold Kunschak* und *Theodor Körner* wurden in weiterer Folge auch die EmigrantInnen *Josef Dobretsberger*, die ehemalige sozialdemokratische Abgeordnete *Marie Köstler*, die in der englischen Emigration eng mit den österreichischen KommunistInnen zusammenarbeitete, die Sozialdemokraten *Hugo Breitner* und *Julius Deutsch*, sowie der Schriftsteller *Ferdinand Bruckner* als jene Persönlichkeiten genannt, die für die Bildung einer provisorischen Regierung in Frage kommen könnten.⁶ In einem Interview mit *Peter Smolka* hatte *Ernst Fischer* im Juni 1944 davon gesprochen, dass in der ersten Regierung *Karl Seitz*, *Karl Renner*, *Julius*

Symposium der
Alfred Klahr Gesellschaft
„Befreiung und Wiederaufbau –
Die KPÖ als Regierungspartei“
16. April 2005, 10.00–14.00
Programmablauf: S. 10

Deutsch und katholische Politiker vom Schlage *Leopold Kunschaks* wieder eine wichtige Rolle in der ersten Regierung spielen sollten. *Fischer* beklagte das Fehlen prominenter unabhängiger Politiker in der Emigration und nannte in diesem Zusammenhang *Josef Dobretsberger* und *Hans Kelsen* als mögliche Regierungsmitglieder.⁷ Eine am 5. April 1945 von *Dimitrov* an *Stalin* übermittelte Niederschrift von *Koplenig* und *Fischer* gibt einen Hinweis darauf, dass auch der kriegsgefangene General *Fritz Franek*, Kommandeur der Wiener „Reichsgrenadierdivision Hoch- und Deutschmeister“, in den Überlegungen der KPÖ eine Rolle gespielt haben könnte.⁸

Die Designierung Karl Renners

Zwar kamen die KPÖ-Spitzen aus Moskau mit einer ausformulierten – ihrer antifaschistisch-demokratischen Orientierung folgenden – Wiederaufbaukonzeption nach Österreich zurück, jedoch „ohne spezielle Direktiven für die praktische Arbeit“⁹ und auch ohne Informationen über die Designierung *Karl Renners* zum künftigen Regierungschef. Die Entscheidung der sowjetischen Stellen für *Renner* war bereits vor der Ankunft von *Johann Koplenig* und *Ernst Fischer* aus Moskau gefallen. Erst während ihrer Rückkehr nach Österreich erfuhren sie von *Stalins* Weisung, *Renner* mit der Bildung der Provisorischen Regierung zu betrauen. Aus einem Notizbucheintrag *Ernst Fischers* in Szombathely (Steinamanger) geht hervor, dass die führenden Kommunisten am 9. April 1945 immerhin darüber Bescheid wussten, dass *Renner* bereits mit sowjetischen Offizieren gesprochen hatte. Weitere Informationen erhielten die beiden am 11. April von *Leo Stern*,¹⁰ der im Verband der Roten Armee Anfang April nach Österreich zurückgekehrt war und bei den Gesprächen *Renners* in Hochwolkersdorf von Anfang an als politischer Mitarbeiter des Stabes der 3. Ukrainischen Front dabei gewesen sein soll.¹¹ *Stern* informierte sie darüber, dass *Renner* bereit sei, „an die Spitze des Staates zu treten“ und *Stalin* auf Anfrage geantwortet habe, „man soll *Renner* ‚vertrauen‘“.¹² *Koplenig* und *Fischer* selbst nahmen in dieser Phase an keiner Unterredung der sowjetischen Stellen mit *Karl Renner* teil, ja sie wussten zu diesem Zeitpunkt nicht einmal, wo sich *Renner* genau aufhielt. Auf der Fahrt nach Wien, wo sie am 12. April nachts eintrafen, machten sie unterwegs auch bei *Karl Renner* halt, wo der sie begleitende Offizier etwa eine Stunde mit dem designierten Staatskanzler sprach. *Koplenig* und

Fischer selbst haben an dieser Aussprache nicht teilgenommen.¹³

Die KPÖ-offizielle Einschätzung, dass die Unterstützung *Renners* durch die sowjetischen Behörden für sie überraschend kam¹⁴ und auf Ablehnung stieß, wird durch die vorhandenen Quellen bestätigt. Während *Ernst Fischer* im erwähnten Interview mit Peter Smolka im Juni 1944 davon ausging, dass auch Politiker wie *Renner* in der ersten Regierung des wiedererstandenen Österreich eine wichtige Rolle spielen würden, wurde zur selben Zeit im Manifest „Die Wiedergeburt Österreichs“ explizit die Anschlussbefürwortung *Renners* ins Treffen geführt.¹⁵ In den oben angeführten Manuskripten *Fischers* wiederum taucht der Name *Renner* überhaupt nicht mehr auf. Erinnerungsberichten zufolge seien die Bedenken der KPÖ, die vor allem mit der Vergangenheit *Renners* und seiner Empfehlung, bei der Volksabstimmung 1938 mit „Ja“ zu stimmen zu tun hatten, auch den verantwortlichen sowjetischen Stellen mitgeteilt worden.¹⁶ Auch KPÖ-Generalsekretär *Friedl Fürnberg*, der erst nach Beginn der Parteienverhandlungen mit weiteren Kämpfern der Österreichischen Freiheitsbataillone im Verband der jugoslawischen Partisanenarmee nach Wien zurückkehren konnte, bekundete seine eigene Überraschung über die rasche Regierungsbildung und „noch mehr aber darüber, daß *Renner* an der Spitze dieser Regierung stehen sollte“.¹⁷

Fürnberg hat die Gründe, die letztlich für die Zustimmung zur Nominierung *Renners* ausschlaggebend waren, am 13. Parteitag der KPÖ im April 1946 dahingehend zusammengefasst, dass die KPÖ ihr Eintreten für eine breite nationale demokratische Front, für ein unabhängiges Österreich und eine Vereinheitlichung Österreichs dokumentieren wollte:

„1. wollten wir damit dokumentieren, daß wir für eine breite nationale demokratische Front in Oesterreich sind; / 2. weil wir vor dem Inland und vor dem Ausland zeigen wollten, daß wir in der Tat für ein unabhängiges Oesterreich sind, und weil wir auf Grund der Erklärung annehmen konnten, daß die provisorische Regierung eine solche Politik führt, daß Oesterreich nicht wieder Spielball in der Hand der Imperialisten wird; / 3. weil eine provisorische Regierung unter dem Vorsitz *Renners* unter den damals gegebenen Umständen eine Vereinheitlichung Oesterreichs unter einer zentralen Regierung erleichtern konnte [...]“.¹⁸

Ausschlaggebend gewesen sei „die Sorge um die Wiedererrichtung und die

Einheit Österreichs“, wobei auch in diesem Zusammenhang das Kalkül der Sowjets, mit der Wahl *Renners* „den Intrigen der Engländer gegen ein selbständiges Österreich besser entgegenwirken zu können“¹⁹ zu berücksichtigen ist, wie *Fürnberg* Jahre später rückblickend feststellte. *Renners* Erhabenheit über jeden Verdacht des Linksradikalismus sollte ihn auch für die westlichen Verbündeten akzeptabel erscheinen lassen. Wesentlich ist jedoch, dass es für die KPÖ kaum Möglichkeiten gab, die außenpolitische Orientierung der Sowjetunion maßgeblich zu beeinflussen, schon gar nicht, nachdem sich *Stalin* selbst auf *Renner* festgelegt hatte. Insofern dürfte auch die von *Viktor Matejkas* geschilderte Anekdote, wonach *Ernst Fischer* ihm Mitte April 1945 bei einer Besprechung in der Lannerstraße im Döblinger Cottage auf seinen Protest gegen die Bestellung *Renners* hin geantwortet habe: „Das ist genau schon alles in Moskau festgelegt worden. Damit mußt du dich abfinden“²⁰, der Wahrheit entsprechen. Für diese Rücksichtnahme gegenüber den sowjetischen Stellen spricht auch die Tatsache, dass die KPÖ bereits im Jahr der Befreiung Kenntnis von *Renners* Schrift „Die Gründung der Republik Deutschösterreich, der Anschluß und die Sudetendeutschen. Dokumente eines Kampfes ums Recht“ aus dem Jahr 1938 hatte, damit jedoch nicht an die Öffentlichkeit ging. *Eduard Rabofsky* fand bei der Untersuchung des Hauses Wasagasse 10 – dem damaligen Sitz des Zentralkomitees der KPÖ – mehrere Exemplare dieser Schrift²¹ und gab ein Exemplar auch an *Franz Honner* weiter. Wie aus einem von *Rabofsky* wiedergegebenen Gespräch, das er 1945 mit *Leo Stern* führte, hervorgeht, soll der *Renner*-Text von 1938 auch der sowjetischen Administration bekannt gewesen sein.²² Ein erster öffentlicher Hinweis auf diese Arbeit *Renners* findet sich erst Ende 1950 in den Medien der KPÖ.²³

Renner über die Einbindung der KPÖ

Karl Renner wiederum modifizierte seine Haltung gegenüber den KommunistInnen und seinen Willen zu deren Einbindung in die Regierungsgeschäfte – analog zu seinem Kenntnisstand über die politischen Verhältnisse in Wien – im Laufe des Aprils. *Manfried Rauchensteiner* spricht gar von einer „Kehrtwendung“ *Renners* als Ergebnis seines Zusammentreffens „mit den Vertretern der neuen Parteien“, nachdem er zuerst von der Zweiten Republik als einem „Staat der Linken“ ausge-

gangen sei.²⁴ Zunächst schlug *Renner* seinen sowjetischen Verhandlungspartnern vor, als letzter Parlamentspräsident die noch lebenden und erreichbaren Abgeordneten einzuberufen, um sich von diesem Rumpfparlament ein „Mandat zum Handeln“, also zur Bildung einer provisorischen Regierung, geben zu lassen. An Stelle der faschistischen Parlamentsabgeordneten sah *Renner* vor, kommunistische Vertrauensmänner zu berufen.²⁵ In der 6. Kabinettsratssitzung am 13. Mai 1945 stellte *Renner* die Sache gar so dar, als habe er erst nach Ablehnung der Einberufung des alten Parlaments daran gedacht, „an Stelle der nationalen Abgeordneten Kommunisten (zu) berufen“, was jedoch auch nicht gestattet worden sei.²⁶

Es war nicht zuletzt die Haltung der KPÖ dafür verantwortlich, dass es nicht zu einem Anknüpfen an den parlamentarischen Verhältnissen des Jahres 1933 und zur Realisierung des Planes von *Renner*, die Kommunisten als Nachfolger der Großdeutschen ins Parlament hereinzunehmen, kam. „Wir haben sofort gegen eine solche Darstellung Einspruch erhoben und erklärt, daß wir nicht als Ersatz für die Großdeutschen, sondern auf Grund unserer Tätigkeit und unseres Beitrages zum Kampf für die Befreiung Österreichs unseren Anspruch und unser Recht auf Teilnahme an der Bildung der Provisorischen Regierung haben“, schrieb *Johann Kopenig* in seinen Erinnerungsnotizen.²⁷ Bereits in der oben angeführten, im Moskauer Exil ausgearbeiteten „Politischen Plattform“ wurde festgehalten, dass die von der KPÖ geforderte provisorische Nationalversammlung „auf vollkommen neuer Grundlage einberufen werden“ müsse.²⁸ *Ernst Fischer* charakterisierte demgemäß den Gedanken *Renners*, das Parlament von 1933 einzuberufen, als „absurd und undurchführbar“.²⁹

Alle vorhandenen Quellen deuten darauf hin, dass *Renner* zunächst an eine „Reduktion des Parteienschemas auf Sozialdemokraten, Kommunisten und unabhängige ‚Bauern‘, einschließlich dem [sic!] ehemaligen deutschnationalen Landbund“ dachte.³⁰ Die Manuskripte, die *Renner* vermutlich in der Zeit seines Aufenthalts auf Schloss Eichbüchl ab dem 9. April 1945³¹ verfasste, geben Aufschluss über seine damaligen Vorstellungen über den Neuaufbau des Staates: „Mit aller Entschiedenheit“ sei der Gedanke abzulehnen, „es handle sich einfach um Restauration, das ist um Wiederherstellung des Zustandes vor 1933 und 1938 [...]; es gilt die Zukunft, den Aufbau einer neuen Ordnung, die Verwirklichung des



Die Staatssekretäre Franz Honner, Ernst Fischer, Johann Kopenig auf der Fahrt ins Parlament am 29. April 1945.

Sozialismus.“ Die „Faschisten (Heimwehr, Klerikale, nationale Faschisten), die nicht bloss Nachläufer waren“ sollten „für eine zehnjährige Bewährungsfrist von allen demokratischen Rechten ausgeschlossen (sein), somit weder wahlberechtigt noch wählbar noch ämterfähig“.³²

Am deutlichsten geht *Renners* Wille zur Einbeziehung der KommunistInnen aus seinem Brief an *J. W. Stalin*³³ hervor, dessen Inhalt *Leo Stern* und damit wohl auch den KPÖ-Parteispitzen bekannt war:³⁴ „Die Sozialdemokraten werden sich mit der K.P. brüderlich auseinandersetzen und bei der Neugründung der Republik auf gleichem Fuß zusammenarbeiten. [...] Daß die Zukunft des Landes dem Sozialismus gehört, ist unfraglich und bedarf keiner Betonung“, schrieb er an den „sehr geehrte(n) Genosse(n)“ und „ruhmbedeckten“ Oberbefehlshaber der Roten Armee.³⁵ Ungeachtet dessen, dass es selbst dem Generalstab der Roten Armee schwerfiel, *Renners* „Aufrichtigkeit von eigennütziger Schmeichelei“ zu trennen,³⁶ und in Einschätzung des *Renner*-Briefes in der Literatur zurecht seine taktischen Fähigkeit hervorgehoben werden,³⁷ lassen die angeführten Quellen doch den Schluss zu, dass *Renner* in diesen Tagen auf eine provisorische Staatsregierung mit Dominanz von SPÖ und KPÖ orientierte.

Wie erst seit wenigen Jahren aus einem Dokument aus dem Russischen Außenministerium bekannt ist, fand am 19. April 1945, also vor Beginn der Parteienverhandlungen, eine Aussprache zwischen Marschall *Tolbuchin*, dem Oberbefehlshaber der 3. Ukrainischen Front, *Kopenig* und *Renner* statt, wobei sich *Tolbuchin* im Vorfeld dieser Besprechung über die Vorstellungen *Kopenigs* infor-

mierte.³⁸ Konkret schlug *Kopenig* ein aus 15 Personen bestehendes Kabinett vor, wobei er für die Kommunisten das Innenministerium und das Unterrichtsministerium forderte. Damit steht auch fest, dass die Exilführung der KPÖ bereits im Vorfeld der Parteienverhandlungen von ihrer – noch in einem Planungspapier von *Ernst Fischer* formulierten – Forderung nach einem kommunistischen Wirtschaftsminister abgegangen ist und zumindest in quantitativer Hinsicht – geht man bei den erwähnten 15 Personen von elf Ressortministern aus (neben dem Staatskanzler und dem geforderten Parteienpräsidium) – auf keine überproportionale Regierungsbeteiligung abzielte. *Kopenig* unterstrich die Kooperationsbereitschaft *Renners*: Seiner Aussage nach könne „man beurteilen, daß *Renner* gerne mit den Kommunisten ein Abkommen eingeht und nur ungern die Katholiken in die Regierung aufnimmt, obwohl das Auftreten der Katholiken bedeutend besser ist als das Verhalten der Sozialdemokraten“, fasst das Protokoll *Kopenigs* Information zusammen.³⁹ Nachdem bis zu diesem Zeitpunkt wohl noch keine direkte Aussprache zwischen *Renner* und *Kopenig* oder *Fischer* stattgefunden haben konnte, ist es als wahrscheinlich anzusehen, dass sich *Kopenig* hier auf den Inhalt von *Renners* Brief an *Stalin* bezieht, dessen Inhalt *Leo Stern* und damit – wie bereits angeführt – wohl auch den KPÖ-Parteispitzen bekannt war.

Tolbuchins Statement bestätigt, dass den sowjetischen Stellen weder an einer Ausgrenzung jener Kreise, die sich in der ÖVP zu organisieren begonnen hatten, noch an einer Einmischung in die bevorstehenden Regierungsverhandlungen un-

ter der Führung *Renner* gelegen war: „*Angesichts der derzeitigen Lage in Österreich [...] ist es nötig, so schnell wie möglich eine provisorische Regierung aufzustellen, an der die Vertreter aller demokratischen Parteien teilnehmen werden. Sie, als ehemaliges Haupt der österreichischen Regierung, gedenken wir mit der Bildung einer provisorischen Regierung Österreichs zu betrauen. Sie müssen sich mit den Führern der demokratischen Parteien über die Zusammensetzung und Platzverteilung besprechen und einigen.*“⁴⁰

Beim anschließenden Mittagessen, an dem auch *Leopold Kunschak* teilnahm, schlug *Renner* folgenden Schlüssel für die Verteilung der Regierungsämter vor: drei Plätze für die Sozialdemokraten, für die Kommunisten, „als junge Partei“, zwei Plätze, für die Christlichsoziale Partei ebenso zwei Plätze, einen Platz für die Bauernpartei, einen Platz für die Revolutionären Sozialisten, sowie zwei Parteilose, was ebenso auf elf Ressorts mit vier Sozialdemokraten/Sozialisten, drei Konservativen, zwei Kommunisten und zwei Parteilosen hinausläuft.⁴¹

Renner begann nach seiner Ankunft in Wien seine bisherigen Überlegungen über die Einbindung der Kommunisten in die Regierungsgeschäfte zu korrigieren und sie aus seinen Planungen auszuklamern. *Rauchensteiner* mutmaßt in diesem Zusammenhang, dass dies auch auf *Renner*'s Erfahrung zurückzuführen sei, dass „offenbar seitens der sowjetischen Vertreter [...] kein Druck hinsichtlich einer überproportionalen Vertretung der KPÖ ausgeübt wurde“, wofür bereits die Etablierung des Wiener Stadtsenats ein Beispiel gegeben hatte.⁴² Am 20. April 1945 traf sich *Renner* mit *Adolf Schärf* in der Kantgasse, dem Sitz der VII. Abteilung der politischen Hauptverwaltung der Roten Armee (GlavPURKKA), und legte ihm „seine Pläne über die Bildung und Zusammensetzung des Kabinetts“ vor.⁴³ Tags darauf richtete er einen Brief an *Schärf*, in dem er für die KPÖ (ebenso wie für die sozialdemokratische und christlichsoziale Partei, sowie für den antifaschistischen Landbund) einen „Verbindungsmann“ und darüber hinaus nur ein Regierungsmitglied vorsah. Damit glaubte er „dieser Richtung genug getan zu haben“.⁴⁴ Konkret hatte er in seiner Kabinettsliste für die KPÖ das Staatssekretariat für „Öffentliche Bauten, Übergangswirtschaft und Wiederaufbau“ vorgesehen.⁴⁵ Damit war *Renner* selbst hinter jene Vorstellungen zurückgegangen, die er den sowjetischen Stellen im Rah-

men der Aussprache mit *Tolbuchin* am 19. April präsentiert hatte. Dies war auch *Renner*'s Position, mit der er in den Parteienverhandlungen mit den Vertretern von SPÖ, ÖVP und KPÖ auftrat.

Die Parteienverhandlungen über die Regierungsbildung

Über Ort, Datum und Personenkreis der Parteiengespräche zwischen Vertretern von SPÖ, ÖVP und KPÖ existieren in der Erinnerungs- und Forschungsliteratur divergierende Angaben.⁴⁶ Über die SPÖ- und ÖVP-interne Entscheidungsfindung und Strategiebildung in diesen Tagen ist so gut wie nichts bekannt. Für die KPÖ nahmen an den Verhandlungen *Johann Kopleinig* und *Ernst Fischer*, sowie zu einem späteren Zeitpunkt auch *Franz Honner* teil, wobei die Einordnung der Ankunft *Honner*'s in den Prozess der Regierungsverhandlungen Schwierigkeiten aufgibt.

Auch das Datum der Rückkehr von *Johann Kopleinig* und *Ernst Fischer* aus Moskau wird in Forschungsliteratur und Erinnerungsberichten immer wieder falsch angegeben.⁴⁷ Aus dem Tagebuch *Georgij Dimitrovs* geht hervor, dass beide am 8. April 1945 aus Moskau abflogen.⁴⁸ Aus dem zeitgenössischen Notizbuch *Ernst Fischers* wiederum erschließt sich, dass sich die kommunistischen Parteiführer am 9. April 1945 in Budapest aufhielten.⁴⁹ Von Budapest erfolgte der Weiterflug nach Szombathely, tags darauf nach Győr, von dort wurden *Kopleinig* und *Fischer* am 12. April mit dem Auto nach Wien gebracht.⁵⁰ Beide wurden im Haus Kantgasse 3 – dem Sitz der VII. Abteilung der politischen Hauptverwaltung der Roten Armee (GlavPURKKA) – untergebracht,⁵¹ in einer von der Burgschauspielerin *Maria Eis* verschafften Wohnung, die jenes leerstehende Logis eines geflüchteten Nazifunktionärs der KPÖ vermittelte.⁵² Am 19. April übersiedelten die kommunistischen Parteiführer von dort in die Seidengasse.⁵³ Bereits in ihrer ersten Nacht in Wien und auch tags darauf konnten sich *Kopleinig* und *Fischer* davon überzeugen, dass eine Zusammenarbeit mit dem im Palais Auerberg – bereits als präsumtive Regierung – agierenden „Siebenausschuss“ und der Leitung der O5, einer „marktschreierische(n) Organisation [...] von Monarchisten und politischen Glücksrittern“⁵⁴ nicht lohne. Eine Auffassung, die sie mit den Vertretern der in Gründung befindlichen SPÖ und ÖVP teilten.

Widersprüchliche Angaben existieren über die Rückkehr von *Franz Honner* und *Friedl Fűrberg* aus Slowenien. Die bei-

den KPÖ-Funktionäre versuchten sofort, nachdem sie Nachricht von der Befreiung Wiens erhielten, ihre Rückkehr in die Wege zu leiten. Am 14. April 1945 brachen *Franz Honner*, *Friedl Fűrberg*, *Franz David* und weitere österreichische Freiheitskämpfer, darunter auch der Revolutionäre Sozialist *Erwin Scharf*, aus Crnomelj per Lastauto auf und trafen am Morgen des 15. April in Zadar ein, von wo sie mit einer Militärmaschine nach Belgrad gebracht wurden.⁵⁵ Nach dreitägigem Aufenthalt startete die 20-köpfige Gruppe am 19. April mit einem Flugzeug, das im Auftrag des Oberkommandos der Armee von Marschall *Tolbuchin* geschickt wurde, nach Pápa (Ungarn). Von dort erfolgte die Weiterreise mit einem Militärlastkraftwagen über Szombathely nach Wien.⁵⁶ Während *Erwin Scharf* fälschlicherweise den 13./14. April bzw. die Zeit zwischen 14. und 16. April⁵⁷ als Tag der Ankunft in Wien angibt, erinnerte sich *Franz Honner* an den 20. April.⁵⁸ *Friedl Fűrberg* nennt in seiner Erinnerungsserie aus dem Jahr 1970 den Abend des 19. April, an anderer Stelle jedoch den 21. April.⁵⁹ Dieses Datum wurde in der KPÖ-Literatur übernommen. Ebenso unterschiedliche Angaben finden sich in der Forschungsliteratur. Setzt man die Ankunft von *Honner* und *Fűrberg* in Bezug zum Verlauf der Regierungsverhandlungen, so erscheint der Abend des 22. April 1945 als Zeitpunkt der Rückkehr der österreichischen Freiheitskämpfer am wahrscheinlichsten. Die erste Nacht in Wien verbrachten *Fűrberg*, *Honner* und *David* in der bereits erwähnten leeren Wohnung von *Maria Eis* in der Kantgasse.⁶⁰

Renner selbst gab als Tag seiner Übersiedlung von Schloss Eichbüchl in ein von den sowjetischen Stellen zur Verfügung gestelltes Haus in Wien-Hietzing (Wenzgasse 2) den 21. April 1945 an,⁶¹ das von *Adolf Schärf* auf den 20. April 1945 korrigierte Datum wurde schließlich von der Forschung übernommen und dürfte auch den Tatsachen entsprechen. An diesem Tag fand in der Kantgasse 3, also in einer Dienststelle der sowjetischen Behörden, die erste Aussprache über die Bildung einer provisorischen Regierung statt. Für die KPÖ nahmen *Johann Kopleinig* und *Ernst Fischer* teil, die SPÖ und ÖVP waren durch *Renner*, *Schärf*, *Körner*, *Mentasti* bzw. *Kollmann* und *Kunschak* vertreten.⁶² Tags zuvor hatte *Renner* bei der erwähnten Aussprache mit *Tolbuchin* versprochen, bis zum 23. April eine Liste über die künftige Zusammensetzung der Regierung vorzulegen.⁶³ Diese erste Gesprächsrunde blieb

ohne Ergebnisse. Die ersten Verhandlungen am 20. April seien vor allem deswegen erfolglos verlaufen, weil die Vorschläge *Renners* hinsichtlich der Zusammensetzung der zu bildenden Provisorischen Regierung darauf hinaus gelaufen sein sollen, „die Kommunisten [...] von der Einflußnahme auf die Neugestaltung des Staatsaufbaus und die Politik der Staatsführung weitestgehend auszuschalten, sie auf völlig nebensächliche Funktionen in der Provisorischen Regierung zu verweisen“.⁶⁴

Aufgrund der widersprüchlichen Angaben über den Zeitpunkt der drei Verhandlungsrunden im Rahmen der Parteienbesprechungen lässt sich auch die in seinen Erinnerungen geschilderte Unterredung von *Ernst Fischer* und *Johann Kopenig* mit Oberst *Georgij I. Piterskij* über den Fortgang der Parteienverhandlungen⁶⁵ nicht mit letzter Sicherheit datieren.

Wahrscheinlich ist jedoch, dass diese nach der zweiten Verhandlungsrunde, die am Sonntag, dem 22. April 1945 um 16.00 in *Renners Villa* in der Wenzgasse 2 abließ,⁶⁶ stattfand. Dieser Parteienbesprechung wiederum waren Einzelgespräche *Renners* mit *Schärf*, *Fischer* und *Kunschak* vorausgegangen.⁶⁷ In diesem Rahmen kam es zur von *Ernst Fischer* ebenfalls in seinen Memoiren angeführten heftigen Kontroverse mit *Renner*. *Renner* soll *Fischer* hier – seiner neuen Linie der Zurückdrängung des kommunistischen Einflusses folgend – nur ein Staatsamt für die KPÖ vorgeschlagen haben, „zum Beispiel für Wiederaufbau“. *Fischer* hingegen forderte die Staatsämter für Inneres und Unterricht, sowie einen Vizekanzler und ein Präsidium, bestehend aus dem Staatskanzler und den Parteivorsitzenden als Vizekanzler. „Das Fatale war, daß ich improvisierte“, erinnert sich *Ernst Fischer*, *Renner* dagegen wusste, „daß hinter ihm Stalin stand, die Rote Armee, daß er [Renner, Anm.] im Augenblick der Stärkere war“. *Renner* sei als „Sprecher einer Großmacht“ aufgetreten und habe die Forderungen *Fischers* rundweg abgelehnt. *Renner* soll *Fischer* geantwortet haben: „Sie sind einer von diesen Fanatikern, mit denen man nicht reden kann! [...] Was Sie fordern, kommt nicht in Frage.“ *Fischer* wiederum drohte, bei Nichterfüllung der Forderungen werde sich die KPÖ nicht an der Regierung beteiligen.⁶⁸

Rauchensteiners Charakterisierung der ersten Besprechung am 20. April als „inoffizielles“ Sondierungsgespräch⁶⁹ wird auch dadurch unterstützt, dass den Teilnehmern der zweiten Verhandlungsrunde nunmehr am 21. April eine Einladung durch Oberst *Piterskij* zuzuging, sich am



Johann Kopenig und Karl Altmann, 1945.

nächsten Tag in der Wenzgasse einzufinden.⁷⁰ Von da an handelte es sich, wie *Renner* betonte, „nicht mehr um eine individuelle Aktion allein, sondern um die einhellige Gesamtaktion der Parteien“.⁷¹ Der Teilnehmerkreis dieser zweiten Aussprache wird widersprüchlich angegeben: Während *Renner* in einem Interview mit dem *Office of Strategic Services* (OSS) neben ihm selbst von *Schärf*, *Körner*, *Kunschak*, *Heinl*, *Kopenig* und *Fischer* spricht,⁷² nennt *Schärf* die Namen *Renner*, *Schärf*, *Körner*, *Mentasti*, *Speiser*, *Fischer*, *Honner*, *Kopenig*, *Kunschak* und *Kollmann*.⁷³ Die Kommunisten sollen sich in dieser Verhandlungsrunde „durchaus nicht mit der bescheidenen Rolle zufrieden“ gegeben haben, „die ihnen Dr. Renner zugedacht hatte, sie begehrten einen Stellvertreter des Regierungschefs, den Leiter des Staatsamtes für Inneres und den des Amtes für Unterricht und Volksaufklärung“, so *Adolf Schärf* in seinen Erinnerungen.⁷⁴ Deshalb scheiterten die Verhandlungen auch „an jenem Tage; ihre Fortsetzung wurde für den nächsten Tag um 11 Uhr in Aussicht genommen“.⁷⁵

Die bereits angesprochene Unterredung *Ernst Fischers* und *Johann Kopenigs* mit Oberst *Piterskij*, dem Politischen Referenten beim sowjetischen Oberkommando und dem Verbindungsoffizier zu *Renner* und später zur Provisorischen Regierung, lag aller Voraussicht nach zwischen den beiden Parteienbesprechungen in der Wenzgasse. Jedenfalls findet sich in *Fischers* Notizbuch der Eintrag „Piterski sprechen“, der mit hoher Wahrscheinlichkeit auf den 23. April zu datieren ist.⁷⁶ *Fischer* soll hier von *Piterskij* aufgrund seiner unnachgie-

bigen Haltung gegen *Renner* zurechtgewiesen und als Sektierer bezeichnet worden sein. *Piterskij* betonte mit Nachdruck die Wichtigkeit einer raschen Regierungsbildung unter *Renner*, um den Westalliierten in dieser für die sowjetischen Behörden wichtigen Frage zuvorzukommen. Dennoch soll *Piterskij* zugesichert haben, dass er „alles in Ordnung bringen“ wolle,⁷⁷ was wohl als jene von *Schärf* erwähnte Intervention von „Autoritäten der Roten Armee“ anzusehen ist, die den Kanzler zur Überzeugung gelangen ließ, „daß es ohne die Erfüllung dieser [...] Wünsche der Kommunisten nicht abgehen werde“.⁷⁸ Jedenfalls soll sich *Renner* im anschließenden Gespräch mit *Fischer* bereit erklärt haben, den Kommunisten das Staatsamt für Inneres und nach einigem Zögern auch jenes für Unterricht zu überlassen, nachdem er zuvor einen dem Staatssekretär für Inneres zugeordneten Unterstaatssekretär für Unterricht vorgeschlagen hatte.⁷⁹

Entspricht diese Einzelbesprechung *Fischers* mit *Renner* den Tatsachen, so waren die wesentlichen Entscheidungen bereits vor der letzten Verhandlungsrunde am 23. April in *Renners Villa* in der Wenzgasse, bei der es zur Einigung zwischen den Parteienvertretern kam, gefallen. Obwohl *Schärf* in seiner Erinnerung *Franz Honner* bereits bei der Besprechung am 22. April teilnehmen lässt, und auch *Honner* selbst in seinen Erinnerungen den 22. April als jenen Tag nennt, an dem er erstmals bei den Regierungsbesprechungen anwesend gewesen sein soll,⁸⁰ ist davon auszugehen, dass in Wahrheit die Montagsverhandlungsrunde am Vormittag des 23. Aprils *Franz Honners* erstes Auftreten markiert. Neben *Honner* nahmen

für die KPÖ erneut *Koplenig* und *Fischer*, sowie für SPÖ und ÖVP *Renner*, *Speiser*, *Schärf* und *Kunschak* teil.⁸¹ Die Kommunisten bestanden auf den bereits bisher erhobenen Forderungen nach zwei Staatssekretären und einem Vizekanzler: „Nach langem Hin und Her wurde dieses Begehren von den Vertretern der anderen Parteien akzeptiert, nachdem sie sich vergeblich bemüht hatten, wenigstens das Staatsamt für Inneres einem Nichtkommunisten zu übertragen“, erinnert sich *Franz Honner*.⁸² Entscheidend sei in dieser Frage auch das persönliche Auftreten *Honnors*, der noch in der Uniform der jugoslawischen Partisanenarmee erschien, gewesen: *Honner* und *Fürnberg* hatten nach ihrer Ankunft aus Slowenien früh morgens *Koplenig*, *Fischer* und *Lauscher* getroffen, die sie über die bisherigen Besprechungen über die Bildung einer Provisorischen Regierung informierten: „Sie hatten mit Ungeduld auf unsere Ankunft gewartet, da sie Genossen *Honner* als Staatssekretär für Inneres vorgeschlagen hatten und gerade über diesen Punkt die Verhandlungen nicht vorwärtskamen.“ Am selben Tag ging *Honner* mit zu den Verhandlungen, wobei sein Erscheinen dort „eine solche Wirkung (hatte), daß alle zustimmten, daß er den Posten des Innenministers übernehmen solle“.⁸³ Laut *Friedl Fürnberg* sei *Honner* nun „ohne weitere Debatte zum Innenminister der Provisorischen Regierung bestimmt“ worden.⁸⁴

Diese Angaben werden auch durch Interviews des US-Auslandgeheimdienstes OSS mit *Renner* über die zweite und dritte Verhandlungsrunde am 22. und 23. April 1945 bestätigt: „*Renner* says he fought the Communist demand for the Interior at this second meeting. At the third meeting, however, *Honner* was present and *Renner* had a chance to talk and became somewhat acquainted with him.“ Nachdem der designierte Staatskanzler *Honner* kennengelernt hatte, „his opposition to a Communist Secretary of the Interior was lessened“.⁸⁵ *Renner* soll gar zum neben ihm sitzenden *Ernst Fischer* gesagt haben: „Was habt ihr da für einen Prachtker! Das ist die Verkörperung der Arbeiterklasse. Ich beneide euch um solche Leute.“⁸⁶ *Renner* gestand gegenüber den OSS-Offizieren Monate später auch ein taktisches Kalkül ein, das Staatsamt für Inneres mit einem Kommunisten zu besetzen: „*Renner* came to acknowledge also that there might be certain advantages in having a Communist as Secretary of Interior. Communist groups who came to the Chancellor with petitions on this or that matter might be referred to *Honner*. The Chancellor ad-

mitted that he had subsequently taken these advantages many times.“⁸⁷

Eine ähnliche Einschätzung vertraute der Diplomat *Josef Schöner* am 24. April, also am Tag nach Abschluss der Parteienverhandlungen, seinem Tagebuch an: Er teile die Aufregung über die Besetzung des Innenministers „durch einen recht radikalen Kommunisten“ vor allem deswegen nicht, da sich die Kommunisten „auf diesem undankbaren und schwierigen Posten [...] nur abstrapazieren (sollen), unpopuläre Maßnahmen wird er genug zu treffen haben“.⁸⁸ Für die Bestellung *Ernst Fischers* sei – laut einem OSS-Bericht – auch das gegenseitige Misstrauen zwischen SPÖ und ÖVP im ideologisch nicht unbedeutenden Bereich „education und religious affairs“ von entscheidender Bedeutung gewesen. Die ÖVP soll den Kommunisten *Fischer* den „Socialists as the anticlerical par excellence“ vorgezogen haben, wobei die Zusage der KPÖ ausschlaggebend gewesen sei, keine antireligiöse Politik zu verfolgen und die Religionsfreiheit zu akzeptieren. Die SPÖ wiederum versprach sich von der Ernennung *Fischers* umgekehrt eine Schwächung der ÖVP.⁸⁹

Die kommunistischen Regierungsmitglieder

Die Bezeichnungen der Regierungsmitglieder sollten den provisorischen Charakter der Regierung unterstreichen, weshalb die Zentralstellen nicht Ministerien, sondern Staatsämter genannt wurden. Zur Erledigung der Verwaltungsaufgaben waren den Ressortchefs zwei bis drei UnterstaatssekretärInnen der jeweils anderen Parteien beigelegt. Die zeitgenössischen Quellen bestätigen, dass das System der Unterstaatssekretäre in den jeweiligen Zentralstellen nicht nur zur Sicherung der Zusammenarbeit in den Staatsämtern und Unterstützung des Staatssekretärs, sondern vielmehr zur Kontrolle der kommunistischen Staatssekretäre etabliert wurde. So sprach *Adolf Schärf* im OSS-Interview im August 1945 davon, dass der genannte Modus eingeführt hätte werden müssen, als die Kommunisten das Innenressort und die Sozialdemokraten darauf einen Unterstaatssekretär in diesem Amt forderten,⁹⁰ *Renner* wiederum bestätigte in einem Gespräch mit dem OSS-Nachrichtennoffizier *Johnson*, dass er vorgeschlagen habe, jedem Staatssekretär zwei Unterstaatssekretäre beizugeben, nachdem die Kommunisten u.a. das Innenressort gefordert hatten.⁹¹ Die Regierung umfasste damit zunächst 30 Mitglieder (11 SPÖ, 10 Christlichsoziale, 7 KPÖ, 2 Parteilose);⁹²

mit zuletzt 39 Personen (neben dem Staatskanzler 12 Staatssekretäre, davon 4 ÖVP, 3 SPÖ, 3 KPÖ, 2 Parteilose, sowie 26 UnterstaatssekretärInnen, davon 9 ÖVP, 8 SPÖ, 7 KPÖ, 2 Parteilose) entstand die bis dahin umfangreichste österreichische Regierung.

Während die Entscheidung für eine Regierungsbeteiligung von *Koplenig*, *Honner* und *Fischer* bereits im Moskauer Exil gefallen war, ist über die näheren Hintergründe der Nominierung der einzelnen KPÖ-UnterstaatssekretärInnen recht wenig bekannt. Nachdem das System der drittelparitätischen Besetzung ja nicht auf einen kommunistischen Vorschlag zurückging, sondern zur Zurückdrängung des kommunistischen Einflusses und zur Kontrolle der kommunistischen Staatssekretäre etabliert wurde, ist kaum davon auszugehen, dass die KPÖ-Exilführung in Moskau Überlegungen über die Einbeziehung von KommunistInnen aus dem Widerstand in die Regierungsgeschäfte anstellte. An eine sofortige Rückkehr der WestemigrantInnen wiederum war in der zweiten Aprilhälfte ebensowenig wie an ein rasches Eintreffen der GenossInnen aus Konzentrationslagern und Gefängnissen zu denken. So war die aus dem Moskauer Exil nach Wien geflogene KPÖ-Parteiführung – mit Ausnahme der Nominierung von *Franz David* – auf Empfehlungen von KommunistInnen angewiesen, die die Zeit der faschistischen Besetzung im Land verbracht hatten.

Gemäß *Koplenigs* Erinnerungen dauerte die namentliche Besetzung der einzelnen Posten sehr lange, „weil noch keine Partei über die Leute verfügte, die sie hätte vorschlagen können“.⁹³ So waren in der Kundmachung der Provisorischen Regierung vom 27. April 1945 noch nicht alle Namen der KPÖ-Regierungsmitglieder vorhanden, es fehlten noch die Unterstaatssekretäre für Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr, sowie für Öffentliche Bauten, Übergangswirtschaft und Wiederaufbau,⁹⁴ nicht zuletzt ein Ausdruck dafür, dass die KPÖ in den ersten Tagen nach der Befreiung Wiens an einem Mangel an Persönlichkeiten litt, die öffentliche Ämter übernehmen hätten können. Die Nominierung von *Hermann Lichtenegger* und *Otto Mödlagl* erfolgte erst in der 3. Kabinettsratssitzung am 4. Mai 1945.⁹⁵

Mödlagl war zur Zeit der Befreiung in Wien und war vor seiner Nominierung zum Unterstaatssekretär bereits am 1. Mai zum Landeshauptmannstellvertreter von Niederösterreich bestellt worden. *Mödlagl* war zuerst 1921 und – nach einem Zwischenspiel bei der SdAP von 1928 bis

1934 – nach den Februarkämpfen erneut der KPÖ beigetreten.⁹⁶ Wie die KPÖ-Führung 1945 auf ihn aufmerksam geworden ist, ließ sich nicht ermitteln. *Lichtenegger* war der zurückkehrenden KPÖ-Parteiführung kein Unbekannter, nahm er doch bereits an der illegalen Reichsparteikonferenz Ende August 1937 in einem Dorfgasthaus bei Prag, der letzten KPÖ-Tagung vor dem nationalsozialistischen Einmarsch in Österreich, teil. *Lichtenegger* übernahm nach den Kampfhandlungen die Leitung des Heizhauses Wien-Ost und leitete dort die Wiederherstellungsarbeiten bis zu seiner Berufung in die Provisorische Regierung, die nach einer Begegnung mit den Parteispitzen im KPÖ-Haus in der Schottenfeldgasse, als *Lichtenegger* eine Zusammenkunft der Eisenbahner organisierte, erfolgte.⁹⁷

Laurenz Genner soll von seiner Bestellung zum Unterstaatssekretär für Land- und Forstwirtschaft überhaupt nichts gewusst haben, da er sich zu diesem Zeitpunkt noch in Gresten in Niederösterreich unter falschem Namen bei Bauern aufgehalten habe und erst im Mai nach Wien zurückkehren konnte.⁹⁸ *Genner* war einer der prominentesten Sozialdemokraten, die im Zuge ihrer antifaschistischen Widerstandstätigkeit zur KPÖ gestoßen waren. 1925 war er Mitarbeiter am von *Otto Bauer* veröffentlichten „Sozialdemokratischen Agrarprogramm“, von 1932 bis 1934 gehörte er dem Nationalrat als Abgeordneter der SdAP an und fungierte als SP-Agrarsprecher. *Genner* trat im Juni 1938 der KPÖ bei.⁹⁹ Laut Mitteilung seines Sohnes *Michael Genner* soll es *Hella Postranecky* gewesen sein, die den Vorschlag machte, *Genner* in die Provisorische Regierung zu entsenden,¹⁰⁰ was vor allem vor dem Hintergrund wahrscheinlich scheint, dass *Genner* in der Zeit des Hitlerfaschismus in einer kommunistischen Widerstandsgruppe aktiv war, der auch *Hella Postranecky* und *Karl Altmann* angehörten.

Gemäß der Darstellung *Postraneckys* habe *Koplenig* selbst *Karl Altmann* im April 1945 „persönlich besucht, um sein Einverständnis für seine Nominierung für das Staatsamt für Justiz einzuholen“. Bei dieser Gelegenheit soll er auch *Altmann* beauftragt haben, mit *Hella Postranecky* über ihre Mitarbeit in der Provisorischen Regierung zu sprechen. *Ernst Fischer* soll *Koplenig* den Vorschlag zu ihrer Nominierung gemacht haben.¹⁰¹ Mit *Postranecky* konnte die KPÖ ebenso eine prominente ehemalige Sozialdemokratin für die Regierungsarbeit gewinnen. Bis 1934 war sie als Lei-

terin des Niederösterreichischen Landessekretariats tätig, seit Oktober 1933 gehörte sie dem Reichsparteivorstand an. Nach dem Einmarsch 1938 trat sie der KPÖ bei.¹⁰² *Postranecky* war als Unterstaatssekretärin für Volksernährung die erste Frau in einer österreichischen Regierung, nach ihr gab es bis 1966 keine Frau mehr in einer Bundesregierung.

Den Angaben *Ernst Fischers* zufolge dürfte die KPÖ-Parteiführung im Moskauer Exil nicht über *Karl Altmanns* Übertritt zur KPÖ informiert gewesen sein. Jedenfalls schildert *Fischer* in seinen Erinnerungen sein Erstaunen darüber, als ihm *Altmann* am 15. April 1945 im Rathaus als Kommunist gegenübertrat, was vor allem auch damit zu tun hatte, dass dieser bis zum Februar 1934 am rechten Flügel der Sozialdemokratie gestanden war.¹⁰³ *Altmann* trat im Jänner 1935 der KPÖ bei, in deren Rahmen er – eigenen Angaben zufolge – seit 1937 als Funktionär tätig war.¹⁰⁴ In den Tagen der Befreiung gehörte *Altmann* zum Kreis jener, die im Rathaus begannen aktiv zu werden.¹⁰⁵ In diesem Zusammenhang nahm er auch an den ersten Parteienverhandlungen über die Zusammensetzung des Wiener Stadtsenats teil.¹⁰⁶ *Karl Altmann* galt als erfahrener Verwaltungsjurist, was ihn für ein Regierungsamt im Staatsamt für Justiz geradezu prädestinierte.

Franz David, KPÖ-Mitglied seit 1922 und seither in mehreren zentralen Funktionen im KPÖ-Parteiapparat tätig,¹⁰⁷ ist neben den drei Staatssekretären *Koplenig*, *Honner* und *Fischer* der einzige Politemigrant, der von der KPÖ in die Provisorische Regierung nominiert wurde. *David* gehörte zu jener zwanzig Mann starken Gruppe, die gemeinsam mit *Honner* und *Fürnberg* aus Slowenien nach Wien aufgebrochen war.¹⁰⁸ *David*, der bis 1944 in der Sowjetunion als Arzt arbeitete, gehörte der Renner-Regierung als Unterstaatssekretär für soziale Verwaltung mit dem Aufgabenbereich Gesundheitswesen an.

Bilanz der Parteienverhandlungen

Mit der Besprechung am 23. April 1945 kann der Prozess der Regierungsbildung als vorläufig abgeschlossen betrachtet werden. Der KPÖ war es gelungen, bei der Aufteilung der Ressorts ihre Vorstellungen durchzusetzen: Man einigte sich auf *Franz Honner* und *Ernst Fischer* als Staatssekretäre für Inneres bzw. für Volksaufklärung, Unterricht und Erziehung und Kultusangelegenheiten. Die Forderung von *Fischer* nach einem Parteienpräsidium kam in der Form des Politischen Kabinettsrats zum Tragen, wobei laut *Adolf*



Unterstaatssekretärin Hella Postranecky

Schärf die Bildung des Politischen Kabinetts auf eine Idee *Renners* zurückging, um durch diesen „Ausweg“ den Kommunisten entgegen kommen zu können.¹⁰⁹

In der Erinnerungs- und Forschungsliteratur wird übereinstimmend hervorgehoben, dass die starke Präsenz der KommunistInnen in der Provisorischen Regierung ohne Druckausübung durch die sowjetischen Stellen zustande gekommen ist. Eine Einschätzung, der auch der US-Geheimdienst OSS im Jahr 1945 Glaubwürdigkeit bescheinigte.¹¹⁰ *Renner* unterstrich, dass die Regierung „nicht von außen aufgenötigt und eingesetzt, sondern durch den einmütigen Willen aller demokratischen Parteien frei berufen und erst hinterher vom Kommando der Roten Armee bestätigt worden ist“,¹¹¹ eine Aussage, die vor allem durch die Ausführungen *Tolbutschins* in seiner Unterredung mit *Renner* und *Koplenig* am 19. April 1945 und durch die Tatsache, dass die sowjetischen Militärbehörden keinen Einspruch gegen die Regierungsliste erhoben, bestätigt wird. Darüber hinaus wies *Renner* im OSS-Interview – wohl in Anspielung auf die Rolle des sowjetischen Verbindungsoffiziers *Piterskij* – auf die Koordination der sowjetischen Besatzungsmacht mit den KPÖ-Vertretern im Vorfeld der Regierungsverhandlungen hin, wengleich er nicht wisse, in welchem Ausmaß diese erfolgt sei.¹¹² In diesem Zusammenhang ist auch die von *Hugo Huppert* geschilderte Nachtsitzung von *Fischer* und *Koplenig* mit den sowjetischen Offizieren *Piterskij*, Major *Miron Levitas* und Oberstleutnant *Braginskij* in der Kantgasse 3, an der *Huppert* als Pressadjutant *Piterskij*s teilnahm, zu erwähnen. Hier ging es um die „endgültige Personenliste der dieser Tage einzusetzenden Provisorischen Regierung“.¹¹³

Im OSS-Interview erwähnte *Adolf Schärf* eine sowjetische Intervention in der Frage der Etablierung eines Parlaments: So sollen sich alle drei Parteien auf einen Rat („small council“) als zusätzliches politisches Gremium geeinigt haben, das als österreichisches Parlament agieren hätte können. Dieser Plan sei jedoch an der sowjetischen Ablehnung gescheitert.¹¹⁴ Demgegenüber betont die Parteigeschichte der KPÖ, dass die Vorschläge der KommunistInnen, „eine provisorische parlamentarische Vertretung aus Vertretern der Gemeinden und gesellschaftlichen Organisationen zu bilden, [...] von den beiden anderen Parteien abgelehnt (wurden)“.¹¹⁵ Diese Darstellung bleibt zwar die Quelle dafür schuldig, wo und in welchem Rahmen diese Forderung erhoben bzw. abgelehnt worden ist, dürfte jedoch auf das Anfang 1946 getroffene Resümee *Ernst Fischers* über die Politik der Provisorischen Regierung zurückgehen, in der *Fischer* diese Forderung der KPÖ jedoch nicht explizit auf die Parteienverhandlungen bezog: „Es wäre naheliegend gewesen, im Verlaufe der Zeit entweder einen beratenden Ausschuß der Parteien oder der sich bildenden demokratischen Körperschaften einzuberufen, aber darauf hinzielende kommunistische Vorschläge wurden nicht zur Kenntnis genommen.“¹¹⁶ Zwar findet sich die Orientierung der KPÖ auf die Konstituierung einer Provisorischen Nationalversammlung bereits in den oben angeführten Planungsunterlagen aus dem Moskauer Exil sowie in den diesbezüglichen Manuskripten *Ernst Fischers* aus dem Frühjahr 1945, die Kabinettsratsprotokolle der Provisorischen Regierung geben jedoch darüber Aufschluss, dass diese Forderung von den KommunistInnen im Rahmen der Kabinettsratsitzungen nicht artikuliert wurde.

Abgesehen davon, dass die kommunistischen Spitzen im Vorfeld der Parteienverhandlungen nicht auf eine unmittelbare Einsetzung einer provisorischen Regierung abzielten, die Einsetzung eines parteilosen Regierungschefs favorisiert hätten und ihre Forderung nach einer provisorischen Nationalversammlung nicht realisiert wurde, konnte sich die KPÖ im Rahmen der Parteiengespräche mit allen ihren Forderungen durchsetzen. Damit war die von *Renner* „anfänglich nicht sehr hoch eingeschätzte kommunistische Partei [...] zur starken Teilhaberin in der Regierung geworden“.¹¹⁷ Umgekehrt bedeutete die rasche Konstituierung der Renner-Regierung auch, dass das – an die Orientierung auf die Österreichische Freiheitsfront als Ausgangs-

punkt für die Etablierung der Verwaltungsstrukturen anschließende – Konzept der KPÖ, vor oder zumindest zeitgleich mit der Bildung einer Provisorischen Regierung einen Block der demokratischen Parteien zu etablieren und die Einheit des Volkes von unten zu stärken, gewiss keinen Aufwind erhielt.

Anmerkungen:

1/ Zu den Exilvorstellungen und Neuordnungsplänen der KPÖ vgl. Mugrauer, Manfred: Die Politik der Kommunistischen Partei Österreichs in der Provisorischen Regierung Renner. Diplomarbeit Wien 2004, S. 13–52.

2/ Die Wiedergeburt Österreichs. Die Stellung der Kommunisten im nationalen Freiheitskampf des österreichischen Volkes. o.O. [Moskau] o.J. [1944], S. 13

3/ Korrekterweise wurde die KPÖ bereits 1933 verboten.

4/ Alfred Klahr Gesellschaft, Zentrales Parteiarchiv der KPÖ, NL Johann Kopenig, Tiposkript [Politische Plattform der KPÖ], o.O. [Moskau], o.D. [März/April 1945], S. 1. Die Inhalte der „Plattform“ sind von *Wolfgang Mueller* auf Basis der russischen Übersetzung zusammengefasst dargestellt worden (Mueller, Wolfgang: Sowjetbesatzung, nationale Front und der „friedliche Übergang zum Sozialismus“: Fragmente sowjetischer Österreich-Planung 1945–1955, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs, Bd. 50: 200 Jahre Russisches Außenministerium. Innsbruck u.a. 2003, S. 133–156, hier S. 141f.).

5/ Ebd.

6/ ÖfZ, NL 38, Do 126, Mappe 1, Die Vorarbeiten zur Herausbildung einer Provisorischen Nationalversammlung und einer Provisorischen Regierung, o.O., o.D. [März/April 1945], S. 1f.

7/ Public Record Office, Foreign Office 371/38829 C 8924/30/3, Record of a conversation between Mr. Smollett [d.i. Peter Smolka] and Ernst Fischer, an Austrian Communist, 24. Juni 1944, S. 2. Für die Überlassung einer Kopie dieses Dokuments bin ich *Siegfried Beer* zu Dank verpflichtet.

8/ Für die Überlassung einer Kopie dieses Dokuments aus dem *Russischen Staatsarchiv für Sozial- und Politikgeschichte* (RGASPI) bin ich *Wolfgang Mueller* zu Dank verpflichtet.

9/ Altmann, Hella: In der provisorischen Regierung, in: Danimann, Franz/Pepper, Hugo (Hg.): Österreich im April '45. Die ersten Schritte der Zweiten Republik. Wien, München, Zürich 1985, S. 197–202, hier S. 199.

10/ ÖfZ, NL 38, Do 126, Mappe 3, Notizbuch, Einträge vom 9. und 11. April 1945.

11/ Vgl. Rabofsky, Eduard: Einführung, in: Renner, Karl: Die Gründung der Republik Deutschösterreich, der Anschluß und die Sudetendeutschen. Dokumente eines Kampfes ums Recht. Wien 1991, S. I–XXVIII, hier S. VIII.

12/ Vgl. ÖfZ, NL 38, Do 126, Mappe 3, Notizbuch, Eintrag vom 11. April 1945.

13/ Ebd., Eintrag vom 12. April 1945.

14/ KPÖ. Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik. Wien 1989², S. 332.

15/ Die Wiedergeburt Österreichs, S. 10.

16/ WStLA, Historische Kommission 1945, Nr. 253, Interview vom 28. November 1975 mit Erwin Zucker-Schilling, S. 3; Postranecky-Altman, Hella: Die provisorische Regierung 1945, in: Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, hg. von der Arbeitsgemeinschaft für Gewerkschaftliche Einheit und Bewegung für Sozialismus (föj). Wien 1978, S. 79–89, hier S. 89.

17/ Fűrberg, Friedl: Die Stunden der Befreiung: Wie Dr. Karl Renner Staatskanzler wurde, in: *Volksstimme*, 17.4.1970, S. 3.

18/ Von 1934 bis 1946. 12 Jahre Kampf für Freiheit und Demokratie. Referat des Genossen Friedl Fűrberg (Sekretär der KPÖ) auf dem 13. Parteitag der KPÖ als Bericht über die Arbeit seit dem 12. Parteitag (1934), hg. vom Zentral-Komitee der KPÖ. Wien 1946, S. 19.

19/ Fűrberg: Wie Dr. Karl Renner Staatskanzler wurde.

20/ Matejka, Viktor: Einiges über das, was bei der Wissensvermehrung über Ernst Fischer nicht gern gehört wird oder gar wegfällt, in: Niederle, Helmuth A.: (Hg.): Ernst Fischer. Ein marxistischer Aristoteles? St. Pölten 1980 (das pult, Sondernummer), S. 71–87, hier S. 73.

21/ Vgl. Oberkofler, Gerhard: Eduard Rabofsky (1911–1994). Jurist der Arbeiterklasse. Eine politische Biographie. Innsbruck, Wien 1997, S. 78.

22/ Vgl. Rabofsky: Einführung, S. Vlf.

23/ Eine wenig bekannte Arbeit Dr. Renners. Ein Beitrag zum 80. Geburtstag des Bundespräsidenten, in: *Weg und Ziel*, Nr. 12/1950, S. 836–839.

24/ Rauchensteiner, Manfred: Die Zwei. Die Große Koalition in Österreich 1945–1966. Wien 1987, S. 36 und S. 32.

25/ Renner, Karl: Denkschrift über die Geschichte der Unabhängigkeitserklärung Österreichs und die Einsetzung der provisorischen Regierung der Republik. Wien 1945, S. 10f.

26/ „... im eigenen Haus Ordnung schaffen“. Protokolle des Kabinettsrates 29. April 1945 bis 10. Juli 1945, hg. von Gertrude Enderle-Burcel, Rudolf Jerábek und Leopold Kammerhofer. Horn, Wien 1995 (Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945, Bd. 1), S. 64.

27/ Zit. nach: Zucker-Schilling, Erwin: Er diente seiner Klasse. Eine Biographie. Mit Reden und Schriften von Johann Kopenig. Wien 1971, S. 72.

28/ AKG, ZPA, Tiposkript [Politische Plattform der KPÖ], S. 1.

29/ Fischer, Ernst: Der Weg der Provisorischen Regierung, in: *Weg und Ziel*, Nr. 1/1946, S. 1–12, hier S. 6.

30/ Vgl. Rathkolb, Oliver: Sonderfall Österreich? Ein peripherer Kleinstaat in der sowjetischen Nachkriegsstrategie 1945–1947, in: Creuzberger, Stefan/Görtemaker, Manfred (Hg.): Gleich-

- schaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944–1949. Paderborn u.a. 2002, S. 353–373, hier S. 365.
- 31/ Vgl. Renner: Denkschrift, S. 12.
- 32/ ÖlfZ, NL 2, Do 721, Mapped 8, Probleme I: Politik, o.D. [April 1945], S. 1f.
- 33/ Der Text des Briefes wurde erstmals im Theorieorgan der KPÖ veröffentlicht (Renner Brief an Stalin, in: *Weg und Ziel*, Nr. 12/1955, S. 873–875) und seither wiederholt publiziert.
- 34/ Vgl. Rabofsky: Einführung, S. VIII.
- 35/ Nasko, Siegfried (Hg.): Karl Renner in Dokumenten und Erinnerungen. Wien 1982, S. 148–150.
- 36/ Vgl. Schtemenko, Sergej Matejewitsch: Im Generalstab, Bd. 2. Berlin 1975, S. 414.
- 37/ Vgl. z.B. Aichinger, Wilfried: Sowjetische Österreichpolitik 1943–1945. Wien 1977, S. 126.
- 38/ Archiv vnešnej politiki Rossijskoj Federacii [Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation] (AVP RF), f. 66, op. 25, d. 7, Bericht von Michail E. Koptelov zur Frage der Bildung der Provisorischen Regierung Österreichs, 19. April 1945, fol. 1–5. Für die Überlassung einer Kopie dieses Dokuments bin ich *Wolfgang Wagner* zu Dank verpflichtet.
- 39/ Ebd., fol. 1
- 40/ Ebd., fol. 2f.
- 41/ Ebd., fol. 4.
- 42/ Rauchensteiner: Die Zwei, S. 36.
- 43/ Vgl. Schärf, Adolf: Österreichs Erneuerung 1945–1955. Das erste Jahrzehnt der zweiten Republik. Wien 1955, S. 35.
- 44/ Zit. nach: Schärf: Österreichs Erneuerung, S. 33.
- 45/ Vgl. Fischer: Illusion, S. 66.
- 46/ Vgl. etwa: Renner: Denkschrift, S. 13; Schärf: Österreichs Erneuerung, S. 35; Fischer: Illusion, S. 65–69; Aichinger: Sowjetische Österreichpolitik, S. 190–195.
- 47/ So auch in der Parteigeschichte der KPÖ, in der vom 13. April 1945 die Rede ist (KPÖ. Die Kommunistische Partei Österreichs, S. 340). *Ernst Fischer* selbst nennt fälschlicherweise den 10. April 1945 (Erinnerungen und Reflexionen. Reinbek 1969, S. 470).
- 48/ The Diary of Georgi Dimitrov 1933–1949. Introduced and edited by Ivo Banac. New Haven, London 2003, S. 367.
- 49/ ÖlfZ, NL 38, Do 126, Mapped 3, Notizbuch, Eintrag vom 9. April 1945.
- 50/ Vgl. ebd., Einträge vom 10. und 12. April.
- 51/ Vgl. Fűrberg, Friedl: Die Stunden der Befreiung: Die erste Nacht in Wien, in: *Volksstimme*, 16.4.1970, S. 3.
- 52/ Vgl. Huppert, Hugo: Schach dem Doppelgänger. Halle, Leipzig 1979, S. 237.
- 53/ Vgl. Fűrberg: Die erste Nacht in Wien.
- 54/ Fischer: Der Weg der Provisorischen Regierung, S. 3.
- 55/ Vgl. Fűrberg, Friedl: Die Stunden der Befreiung: Der Weg in die Heimat, in: *Volksstimme*, 12.4.1970, S. 3.
- 56/ Vgl. ders.: Die Stunden der Befreiung: Von Belgrad nach Wien, in: *Volksstimme*, 14.4.1970, S. 3.
- 57/ Sporrer, Maria/Steiner, Herbert (Hg.): Erwin Scharf. Zeitzeuge. Wien, München, Zürich 1986, S. 41; Scharf, Erwin: Mit dem österreichischen Freiheitsbataillon nach Wien, in: Danimann/Pepper (Hg.): Österreich im April '45, S. 55–58, hier S. 58.
- 58/ Honner, Franz: Von den slowenischen Wäldern ins Innenministerium, in: *Volksstimme*, 26.10.1958, Sonderbeilage.
- 59/ Fűrberg: Die erste Nacht in Wien; Fűrberg, Friedl: Franz Honner – ein revolutionärer Arbeiterführer, in: *Weg und Ziel*, Nr. 9/1973, S. 334–338, hier S. 337.
- 60/ Vgl. Fűrberg: Die erste Nacht in Wien.
- 61/ Renner: Denkschrift, S. 13.
- 62/ Vgl. Schärf: Österreichs Erneuerung, S. 35.
- 63/ AVP RF, f. 66, op. 25, d. 7, Bericht von Michail E. Koptelov, fol. 3.
- 64/ Vgl. Honner: Von den slowenischen Wäldern ins Innenministerium.
- 65/ Vgl. Fischer: Illusion, S. 66f.
- 66/ Vgl. Schärf: Österreichs Erneuerung, S. 35.
- 67/ Vgl. Fischer: Illusion, S. 68.
- 68/ Ebd., S. 65f.
- 69/ Rauchensteiner, Manfred: Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955. Graz, Wien, Köln 1979, S. 366, Anm. 9.
- 70/ Vgl. Renner: Denkschrift, S. 13; Fischer: Illusion, S. 65.
- 71/ Renner: Denkschrift, S. 14.
- 72/ Rathkolb, Oliver (Hg.): Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik. Vertrauliche Berichte der US-Militäradministration 1945 in englischer Originalfassung. Wien, Köln, Graz 1985, S. 115.
- 73/ Schärf, Adolf: April 1945 in Wien. Wien 1948, S. 98. *Schärf* dürfte sich hier irren und Teilnehmer aus der ersten und dritten Besprechung auch in die zweite hereingenommen haben. In seinem zusammenfassenden Werk aus dem Jahr 1955 spart *Schärf* wohl aus diesem Grund die Nennung des Personenkreises aus.
- 74/ Schärf: Österreichs Erneuerung, S. 35.
- 75/ Ders.: April 1945, S. 98.
- 76/ ÖlfZ, NL 38, Do 126, Mapped 3, Notizbuch.
- 77/ Fischer: Illusion, S. 66f.
- 78/ Schärf: Österreichs Erneuerung, S. 35.
- 79/ Fischer: Illusion, S. 67.
- 80/ Honner: Von den slowenischen Wäldern ins Innenministerium.
- 81/ Vgl. Schärf: April 1945, S. 99; Fischer: Illusion, S. 68.
- 82/ Honner: Von den slowenischen Wäldern ins Innenministerium.
- 83/ Fűrberg: Wie Dr. Karl Renner Staatskanzler wurde.
- 84/ Ders.: Franz Honner, S. 337.
- 85/ Rathkolb (Hg.): Gesellschaft und Politik, S. 116 und S. 176.
- 86/ Vgl. Franz Honner. Das Leben eines österreichischen Kommunisten, S. 39.
- 87/ Rathkolb (Hg.): Gesellschaft und Politik, S. 116.
- 88/ Schöner, Josef: Wiener Tagebuch 1944/45, hg. von Eva-Maria Csáky, Franz Matscher und Gerald Stourzh. Wien, Köln, Weimar 1992, S. 183.
- 89/ Vgl. Rathkolb (Hg.): Gesellschaft und Politik, S. 155.
- 90/ Ebd., S. 113.
- 91/ Ebd., S. 116.
- 92/ Nach der ersten Erweiterung am 4. Mai 1945 gehörten der Provisorischen Regierung vier weitere Unterstaatssekretäre an.
- 93/ Zit. nach: Zucker-Schilling: Er diente seiner Klasse, S. 72.
- 94/ ÖStA/KA, NL Karl Renner, E/1731:331, Flugblatt „I. Proklamation, II. Kundmachung, III. Regierungserklärung“, 27. April 1945.
- 95/ KRP I, S. 14.
- 96/ AKG, ZPA, Otto Mödlagl: Fragebogen vom 21. August 1945
- 97/ Vgl. AKG, ZPA, Hermann Lichtenegger: Erinnerungen eines Arbeiterfunktionärs, o.D., S. 36, sowie handschriftliche Ergänzungen, o.D. [1981], S. 1.
- 98/ Vgl. Genner, Michael: Mein Vater Laurenz Genner. Ein Sozialist im Dorf. Wien, München, Zürich 1979, S. 183 und S. 191.
- 99/ AKG, ZPA, Laurenz Genner: Fragebogen vom 22. August 1945.
- 100/ Schriftliche Mitteilung von *Michael Genner* an den Verfasser vom 7. November 2002.
- 101/ Altmann-Postranecky, Hella: „Hella, du bist in der Regierung!“, in: Österreicher der 1. Stunde 1945. Wien 1985, S. 31–35, hier S. 31
- 102/ Vgl. DÖW Nr. 16644, Lebensbild von Hella Altmann-Postranecky, o.D. [nach 1970], S. 6f.
- 103/ Fischer: Illusion, S. 49.
- 104/ AKG, ZPA, Karl Altmann: Lebenslauf, o.D. [1945].
- 105/ Vgl. VGA, NL Adolf Schärf, Box 6, Mapped 4/37, Schreiben von Viktor Kritscha an Adolf Schärf vom 2. Jänner 1948.
- 106/ Vgl. VGA, ebd., Brief von Felix Slavik an Adolf Schärf vom 5. Jänner 1948.
- 107/ AKG, ZPA, Franz David: Autobiographischer Text vom 1. August 1954.
- 108/ Vgl. WStLA, Historische Kommission 1945, Nr. 256, Interview vom 12./14. Februar 1975 mit Franz David, S. 2.
- 109/ Schärf: Österreichs Erneuerung, S. 35. Der Politische Kabinettsrat war das zentrale Gremium für Parteienbesprechungen, in dem der politische Konsens über alle wichtigen Gesetze hergestellt wurde.
- 110/ Rathkolb (Hg.): Gesellschaft und Politik, S. 177.
- 111/ Renner, Karl: Drei Monate Aufbauarbeit der Provisorischen Staatsregierung der Republik Österreich. Wien 1945, S. 6.
- 112/ Rathkolb (Hg.): Gesellschaft und Politik, S. 115.
- 113/ Huppert: Schach dem Doppelgänger, S. 237f.
- 114/ Rathkolb (Hg.): Gesellschaft und Politik, S. 113.
- 115/ KPÖ. Die Kommunistische Partei Österreichs, S. 343.
- 116/ Fischer: Der Weg der Provisorischen Regierung, S. 6.
- 117/ Vgl. Schärf: Österreichs Erneuerung, S. 36.

Neuerscheinung

Willi Weinert:

„**Mich könnt ihr löschen,
aber nicht das Feuer**“

Ein Führer durch den Ehrenhain der Gruppe 40 am Wiener Zentralfriedhof für die hingerichteten WiderstandskämpferInnen (Mit einem Beitrag von Heimo Halbrainer)

192 S., ca. 400 Abbildungen (davon 350 Porträts der Hingerichteten); Lageplan und Gräberverzeichnis der Gruppe 40
15.– Euro (exkl. Versandkosten)



Bezugsquellen: Bestellung per e-mail an gruppe40@aon.at oder bei der Direktion des Wiener Zentralfriedhofs, Tor 2

Am 19. April 2005 wird in der Gruppe 40 ein neues Denkmal, das auf Initiative der Gemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer von der Gemeinde Wien gewidmet wurde, enthüllt:

In Memoriam

*Im Bereich der Gruppe 40 sind mehr als Tausend Frauen und Männer beerdigt, die in der Zeit 1938–1945 von einer unmenschlichen NS-Justiz zum Tode verurteilt und im Wiener Landesgericht oder auf dem Schießplatz Kagran hingerichtet wurden.
Sie bleiben unvergessen.*

Um Teilnahme an dieser feierlichen Enthüllung wird gebeten.

Symposium der Alfred Klahr Gesellschaft

Befreiung und Wiederaufbau Die KPÖ als Regierungspartei

In der unmittelbaren Nachkriegszeit verfügte die Kommunistische Partei Österreichs über den wohl größten Einfluss auf die innenpolitische Entwicklung. Aufgrund veränderter internationaler Kräfteverhältnisse nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, der Schlüsselstellung der sowjetischen Besatzungsadministration bei der Konstituierung der Provisorischen Regierung Renner und auch infolge ihrer bedeutenden Rolle im antifaschistischen Widerstand war die KPÖ an der ersten Regierung der Zweiten Republik als gleichberechtigter Partner von SPÖ und ÖVP beteiligt. Mit dem Staatsamt für Inneres (*Franz Honner*) und jenem für „Volksaufklärung, Unterricht und Erziehung und Kultusangelegenheiten“ (*Ernst Fischer*) wurden zwei Schlüsselressorts von Kommunisten geleitet. *Johann Kopenig*, Parteivorsitzender der KPÖ, war als Staatssekretär ohne Portefeuille Mitglied des Politischen Kabinettsrats, dem obersten Organ der

Regierung. Nach den Novemberwahlen 1945 gehörte die KPÖ mit einem Minister, *Karl Altmann*, der Allparteienregierung unter Bundeskanzler *Leopold Figl* an. Im Nationalrat war sie erstmals mit vier Abgeordneten vertreten.

Das Symposium der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT ruft die Vorstellungen der KPÖ über die konkrete Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse eines „neuen Österreichs“ in Erinnerung („antifaschistisch-demokratische Orientierung“) und hebt die praktische Aufbauarbeit, vor allem den Anteil der österreichischen KommunistInnen am Wiederaufbau der staatlichen Verwaltung hervor. Von Anfang an in der Defensive wurde das politische Gewicht der KPÖ in weiterer Folge vor allem vom beginnenden Kalten Krieg bestimmt. In Konsequenz ihrer Kritik an der Lohn-Preis- und Währungspolitik schied die KPÖ im November 1947 aus der Regierung aus.

Programm

Eröffnung: Univ. Prof. Dr. **Hans Hautmann** (Universität Linz, Präsident der Alfred Klahr Gesellschaft)

Mag. **Manfred Mugrauer** (Alfred Klahr Gesellschaft):
„*Die Politik der Kommunistischen Partei Österreichs in der Provisorischen Regierung Renner*“

Dr. **Winfried R. Garscha** (DÖW, Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz): „*Die KPÖ in der Konzentrationsregierung 1945–47 – Karl Altmann als Energieminister*“

Dr. **Claudia Kuretsidis-Haider** (DÖW, Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz): „*Die KPÖ und die Ahndung von NS-Verbrechen in Österreich*“

Irma Schwager (Zeitzeugin):
„*Kommunistische Frauenpolitik in der Nachkriegszeit*“

Walter Winterberg (Zeitzeuge):
„*Kommunisten in der Wiener Polizei*“

Samstag, 16. April 2005, 10.00–14.00
Universitätscampus Altes AKH, ehem. Kapelle
Spitalgasse 2–4/Hof 2, 1090 Wien
(Linie 5, 33, 43, 44 Lange Gasse)

Der Beitrag der Sowjetunion zum Aufbau einer demokratischen österreichischen Verwaltung im Jahr 1945

HANS HAUTMANN

Die Einsetzung der provisorischen Renner-Regierung durch den Oberbefehlshaber der 3. Ukrainischen Front, Marschall Tolbuchin, war nicht nur die logische Konsequenz des Eintretens der Sowjetunion für die Wiederherstellung der Republik Österreich in den Grenzen von 1937, sondern auch ein Schritt, der die entscheidende Grundlage für die Wiedererrichtung eines unabhängigen, selbständigen und vor allem *einheitlichen* österreichischen Staates schuf. Für die Sowjetunion bedeutete die Einsetzung einer österreichischen Regierung nicht nur eine Erleichterung ihrer Besatzungsaufgaben, sie war auch das weithin sichtbare Signal der de facto-Trennung Österreichs vom Deutschen Reich, eines in der Moskauer Deklaration verankerten Kriegszieles der Anti-Hitler-Koalition. Mit der Einsetzung der Renner-Regierung betonte die Sowjetunion nachdrücklich ihren Standpunkt, dass sie die unter den Westmächten immer noch schwelende Diskussion über die Zukunft Österreichs – Stichwort: Plan einer Donauföderation – für endgültig erledigt betrachtete. Zugleich muss festgehalten werden, dass jene Persönlichkeiten, die im April 1945 das sowjetische Angebot, eine provisorische Regierung zu bilden, annahmen, in wahrstem Sinne des Wortes patriotisch handelten, weil sie damit österreichischen Interessen den Vorrang vor Plänen gaben, die später, in den Jahren des Kalten Krieges, möglicherweise zur Zerreißung unseres Staates führen hätten können.

Die Bildung der Renner-Regierung hatte also für die Bewahrung der Einheitlichkeit des österreichischen Staates wie für seine Stellung auf internationaler Ebene außerordentliche Bedeutung. Man konnte es aber dabei nicht bewenden lassen, sondern musste darangehen, in Übereinstimmung mit dem antifaschistischen und demokratischen Grundauftrag sowie in Zusammenarbeit mit der sowjetischen Besatzungsmacht neue, demokratische Verwaltungsorgane aufzubauen, Organe, die ein Funktionieren des in Trümmer liegenden wirtschaftlichen und staatlichen Mechanismus zu gewährleisten hatten.

Die politischen Rahmenrichtlinien der Besatzungspolitik in Österreich waren in der Jalta-Deklaration über das befreite Europa festgelegt worden, in der die drei Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition

übereinkamen, „den von der Herrschaft des nazistischen Deutschland befreiten Völkern und den Völkern der früheren Vasallenstaaten der Achse Europa bei der auf demokratischem Wege herbeizuführenden Lösung ihrer dringenden politischen und wirtschaftlichen Probleme beizustehen.“¹ Weiters hieß es in der Jalta-Deklaration, dass den befreiten Völkern Unterstützung bei der Beseitigung der Spuren des Faschismus, bei der Schaffung demokratischer Einrichtungen nach eigener Wahl und bei der Bildung provisorischer Regierungen, in denen alle demokratischen Elemente vertreten sein sollten, zu leisten sei.

Aufbauend auf diesem prinzipiellen Beschluss setzte der Oberbefehlshaber der 3. Ukrainischen Front, Marschall Tolbuchin, wenige Tage vor dem Überschreiten der österreichischen Grenze die „Provisorische Verordnung über Kriegskommandanturen auf dem durch sowjetische Truppen eingenommenen Territorium Österreichs“ in Kraft. Gemäß dieser Direktive sollten in allen größeren Orten und Städten Kommandanturen eingerichtet werden, die sich – wie es hieß – „in ihrer Arbeit von der Moskauer Deklaration“ zu leiten hatten.² Zentraler Punkt der Anweisungen an die sowjetische Orts- bzw. Stadtkommandanten war der Auftrag, die Verwaltung des Landes *sofort in die Hände von Zivilisten zu legen*. Es wurden „Dorfälteste“ (Starosti) bzw. Bürgermeister ernannt, die ihrerseits Verwaltungsorgane aufzubauen hatten. Die Ernennungen erfolgten in den ersten Tagen, ja oft schon in den ersten Stunden der Besetzung eines Ortes oder einer Stadt. Aus Wien ist bekannt, dass die Rote Armee in den Bezirken, die sie gerade erobert hatte, Antifaschisten mit Verwaltungsfunktionen auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Ernährung, des Wohnungswesens, ja sogar des kulturellen Lebens betraute, während in anderen Stadtteilen noch erbittert gekämpft wurde.

Allgemein lässt sich feststellen, dass die Einsetzung von Verwaltungsorganen durch sowjetische Kommandanten sich auf die Zeit der unmittelbaren Kampfhandlungen auf österreichischem Gebiet beschränkte. In jenen Gebieten, die die Rote Armee erst nach dem 23. April 1945 besetzte – von diesem Tag bis zur deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945

waren die Frontlinien in Österreich praktisch stabil –, erfolgte die Schaffung ziviler Verwaltungsorgane in der Mehrzahl der Fälle bereits durch *österreichische* Stellen wie Bezirkshauptmannschaften oder die ansässige Bevölkerung.

Der „Provisorischen Verordnung“ Marschall Tolbuchins und der Bildung ziviler Machtorgane lagen sowjetischerseits folgende Prinzipien zugrunde:

1. Die Auflösung der NSDAP und ihrer Organisationen;
2. Die Aufhebung der nationalsozialistischen Gesetzgebung;
3. Die Sicherung der normalen Tätigkeit von Handels- und Industrieunternehmen;
4. Die Wiedereingangssetzung von Krankenhäusern, Schulen, kommunalen Unternehmungen und ähnlichen Einrichtungen;
5. Die Sicherstellung des Anbaus in der Landwirtschaft, um eine weitere Zuspitzung der prekären Versorgungssituation hintan zu halten.³

Bei der Betrachtung des Themas muss berücksichtigt werden, dass die Kriegsergebnisse nach und nach zu einer Zerrüttung der nationalsozialistischen Verwaltung und schließlich zu deren völligen Zusammenbruch geführt hätten. Es war auf dem Gebiet der Verwaltung ein Vakuum entstanden, das es unverzüglich aufzufüllen galt. Maßgebend für den – auch aus heutiger Sicht – verblüffend schnellen Wiederaufbau der österreichischen Verwaltung im Jahr 1945 waren zweifellos sowohl Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht als auch die Initiativen österreichischer Antifaschisten, die teilweise aus eigenem darangehen, Verwaltungszentren auf niedriger Ebene neu zu schaffen, vor allem aber die Tatsache, dass binnen kürzester Frist die demokratischen Parteien ÖVP, SPÖ und KPÖ ihre Tätigkeit entfalten konnten.

Der Wiederaufbau der österreichischen Verwaltung soll an zwei Beispielen, dem des Sicherheitswesens in Wien und dem der Errichtung der Zivilverwaltung in Niederösterreich illustriert werden.

Wien

Auf dem Gebiet des Sicherheitswesens stellte sich die Lage so dar, dass die meisten der nationalsozialistischen Polizei-offiziere und Beamten sich beim Herannahen der sowjetischen Truppen nach Westen abgesetzt hatte, die übrig geblie-

benen Polizisten während der Kampfhandlungen ihren Dienst verließen, ihre Uniformen wegwarfen und untertauchten. Es gab also unmittelbar nach der Befreiung in Wien keinerlei Organisation für die öffentliche Sicherheit.

Die einzige Ordnungsmacht und vorerst einzige Autorität im Bereich der Stadt Wien war die Rote Armee. Ihre örtlichen Kommandanten setzten in den Wiener Bezirken Bezirksbürgermeister ein und schufen Bezirkspolizeistellen.

Um die Zivilverwaltung in Wien zusammenzufassen, wurde am 17. April 1945 General a. D. Theodor Körner zum Bürgermeister ernannt und am selben Tag zum Zweck der Koordinierung des Sicherheitsdienstes der „Polizeiliche Hilfsdienst für die Kommandantur der Stadt Wien“ errichtet. Zum Polizeichef von Wien wurde vom Stadtkommandanten, Generalleutnant Blagodatow, Rudolf Hautmann ernannt, ein Antifaschist, der sich als von der Roten Armee im 11. Wiener Gemeindebezirk, Simmering, eingesetzter Wirtschaftsleiter in Tagen zwischen dem 9. und 17. April 1945 bewährt hatte.⁴

Bürgermeister Körner wies dem Polizeilichen Hilfsdienst das Gebäude der niederösterreichischen Landesregierung in der Herrngasse in Wien als provisorischen Amtssitz zu, wo am 20. April 1945 im Beisein des sowjetischen Verbindungsoffiziers, Hauptmann Komarow, die erste Sitzung stattfand. Auf ihr wurden folgende Richtlinien für die Tätigkeit des Polizeilichen Hilfsdienstes festgelegt:

1. Schaffung eines neuen, demokratischen Polizeikaders;
2. Maßnahmen zur Gewährleistung von Ruhe und Ordnung und zum Schutz vor Plünderungen;
3. Ausforschung und Verhaftungen ehemals führender Nationalsozialisten, SS-Leute, Gestapoagenten und Kriegsverbrecher;
4. Inangriffnahme der Uniformierung, Löhnung und Bewaffnung der Angehörigen des Polizeilichen Hilfsdienstes;
5. Bewachung und Schutz von Betrieben und wichtigen Wirtschaftsobjekten.

Die Mitglieder des Polizeilichen Hilfsdienstes wurden angewiesen, „nicht zu schematisieren und zu bürokratisieren, sondern stets mit ihren Aufgaben nach außen zu treten und mit der Bevölkerung in guter Fühlung zu bleiben.“⁵ Der Polizeiliche Hilfsdienst war bemüht, eine einheitliche Sicherheitsbehörde aufzubauen und lud deshalb Angehörige der ehemaligen Polizeidirektion Wien, die von den Nationalsozialisten entfernt oder gemaßregelt waren, zur Mitarbeit und fachlichen Beratung ein.

Auf diese Weise gelang es binnen weniger Tage, ein organisatorisches Grundgerüst zu errichten. Zum Zweck der Verhinderung von Plünderungen schuf man eine Alarmeinheit mit ständiger Einsatzbereitschaft in der Stärke von 400 Mann. Die Personalabteilung hatte die Aufgabe, bei der Aufnahme von Personal strenge Maßstäbe anzulegen und alle diejenigen, die in fachlicher oder moralischer Hinsicht nicht entsprachen, zu entfernen. Dem Fahndungsdienst oblag die Registrierung und Ausforschung der Nationalsozialisten. Er war Vorgänger des späteren staatspolizeilichen Büros.

Die sowjetische Besatzungsmacht leistete dem Polizeilichen Hilfsdienst in vielfältiger Weise Unterstützung. Sie stellte ihm für die einheitliche Uniformierung 5000 Kleidungsstücke zur Verfügung, die aus beschlagnahmten deutschen Militär- und Polizeibeständen stammten. Aus den Kontingenten der Maispender der Roten Armee an Lebensmitteln wurden den Mitgliedern des Polizeilichen Hilfsdienstes in zentralen Küchen Mahlzeiten verabreicht und Espakete übergeben. Von den herrenlos in Straßen Wiens herumstehenden Kraftfahrzeugen wurde ein Teil dem Polizeilichen Hilfsdienst zur Verfügung gestellt. In Einvernehmen mit der sowjetischen Kommandantur und den nationalen Lagerkomitees organisierte der Polizeiliche Hilfsdienst die möglichst rasche Rückkehr ausländischer Häftlinge der Konzentrationslager, von Kriegsgefangenen und verschleppten Zwangsarbeitern in ihre Heimat.

Die Tätigkeit des Polizeilichen Hilfsdienstes, der, rechtlich gesehen, eine Hilfsorganisation der sowjetischen Kommandantur gewesen war, endete am 13. Mai 1945, als das von der Renner-Regierung beschlossene Verfassungsüberleitungsgesetz in Kraft trat, nach dem die Bundesverfassung in der Fassung von 1929 wieder wirksam wurde. An seine Stelle trat mit Kundmachung vom 13. Juni 1945 die wiedererrichtete Wiener Polizeidirektion. Der Großteil der etwa 7200 Angehörigen des Polizeilichen Hilfsdienstes – 6800 Personen – wurde in den Personalstand der neuen Polizeidirektion übernommen und in den Exekutivapparat eingebaut.⁶

Niederösterreich

Für die Praxis der sowjetischen Militärdienststellen bei der Übertragung von Verwaltungssachen ist das Beispiel des Bundeslandes Niederösterreich besonders signifikant.

Niederösterreich zerfiel in den Wochen bis zum 8. Mai 1945 gewissermaßen in zwei Zonen: jene Zone, die von den sowjetischen Truppen in schweren Kämpfen bereits befreit worden war, und jene Zone, die erst nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai besetzt wurde. In der ersten Zone wurde das verwirklicht, was vorhin schon bei den allgemeinen Bemerkungen zur sowjetischen Praxis der Verwaltungsübertragung gesagt worden ist: Die sowjetischen Kommandanten setzten, so rasch es nur ging, Bürgermeister ein, übten also direkten Einfluss auf die Bestellung eines Ortsobersten aus. Ebenso schnell vollzog sich die Weichenstellung auf zentraler Landesebene. Bereits am 13. April 1945 ergriffen Leopold Figl und Oskar Helmer als Vertreter der zwei größten Parteien im einstigen niederösterreichischen Landtag die Initiative zum Aufbau der Landesverwaltung. Sie stellten am 17. April an den Wiener Stadtkommandanten, Generalleutnant Blagodatow, das Ansuchen zur Bildung eines provisorischen Landesausschusses, das von Blagodatow einen Tag später bewilligt wurde.⁷

Man ersieht daraus, dass die sowjetischen Militärorgane stets zwei Ziele vor Augen hatten: Erstens für die Einsetzung eines zentralen Regierungs- und Verwaltungsorgans, bestehend aus Vertretern der demokratischen Parteien, Sorge zu tragen, und zweitens auf der unteren Ebene örtliche Verwaltungsstellen zu schaffen, die alle anstehende Probleme einer Lösung zuzuführen hatten.⁸

Für die Besetzung der Verwaltungsstellen auf mittlerer Ebene, also der Ebene der Bezirkshauptmannschaften, wurden sowjetischerseits hingegen nur allgemeine Richtlinien vorgegeben, die personelle Entscheidung wurde den Österrern überlassen. So verfuhr man z. B. in jenem Teil Niederösterreichs, der erst nach dem 8. Mai 1945 besetzt wurde.

Drei Tage später, am 11. Mai 1945, gaben die Marschälle Tolbuchin und Malinowski das Land Niederösterreich auch offiziell für die österreichische Zivilverwaltung frei, gaben der niederösterreichischen Bevölkerung ihre Selbstverwaltung zurück.⁹

In dem am 12. Mai 1945 konstituierten provisorischen Landesausschuss fungierte Ing. Leopold Figl von der ÖVP als Landeshauptmann, Oskar Helmer von der SPÖ als 1. und Ing. Otto Mödlagl von der KPÖ als 2. Landeshauptmannstellvertreter. Der Landesausschuss nahm eine Reihe wichtiger Arbeiten in

Angriff. Zu den vordringlichsten Problemen gehörten die Ernährung der Bevölkerung, die Verbesserung der katastrophalen Verkehrssituation, die Sicherheitsverhältnisse, die Information der Bevölkerung und der Aufbau der Verwaltung auf der Ebene der Bezirkshauptmannschaften und Gemeinden.

Die *Ernährungslage* Niederösterreichs war im Frühjahr 1945 sehr schwierig, weil wichtige Agrargebiete unmittelbarer Kriegsschauplatz gewesen waren und die deutschen Truppen Lebensmittelbestände entweder nach Westen abtransportiert oder vernichtet hatten. Die verbliebenen Depots wurden im Verlauf der Kampfhandlungen von sowjetischen Truppen beschlagnahmt, und das Bestreben des niederösterreichischen Landesauschusses ging dahin, die Vorratslager für die Verteilung an die Zivilbevölkerung freizubekommen. Die dazu notwendigen Vorsprachen bei den sowjetischen Militärdienststellen waren in den meisten Fällen von Erfolg begleitet. Im Sommer 1945 verbesserte sich durch energische Maßnahmen des niederösterreichischen Landesernährungsamtes und der Bezirksernährungsämter sowie durch die Sicherung der Ernte, auf die die sowjetischen Stellen besonders drängten, und eine engere Kooperation zwischen Wien und Niederösterreich auf dem Ernährungssektor spürbar die Lage.

Auf dem Gebiet des *Verkehrs* ging das Bestreben des Landesauschusses dahin, Kraftfahrzeuge in Dienst nehmen zu können, um einerseits der kritischen Ernährungslage in Ballungsgebieten wirksam entgegenzutreten zu können und andererseits regelmäßige Kontakte zu untergeordneten Dienststellen der Verwaltung herstellen zu können. Einer der ersten Schritte des niederösterreichischen Landesauschusses war es daher, in einer Vorsprache mit den sowjetischen Stellen das Verfügungsrecht über herrenlose Kraftfahrzeuge zu erhalten. Die Automobilverwaltung der 3. Ukrainischen Front bewilligte ein solches Ansuchen am 9. Juni 1945 und gestattete den österreichischen Stellen, für die zivile Verwaltung alle Kraftwagen ohne Besitzer zu erfassen. Von großer Bedeutung für die Verbesserung der Verkehrslage wurden die Reparaturen der Donaubrücken und Eisenbahnstrecken durch sowjetische Pioniertruppen.

Auf dem Gebiet des *Sicherheitswesens* dauerte es in Niederösterreich im Unterschied zu Wien, wo sehr rasch ein Polizeilicher Hilfsdienst aufgestellt werden konnte, etwas länger, bis das durch den

Aufruf Marschall Tolbuchins Ende März 1945

(Hervorhebungen im Original)

An die Bevölkerung Österreichs

Die Rote Armee verfolgt die deutsch-faschistischen Truppen und ist in Österreich einmarschiert. Die Rote Armee hat den Boden Österreichs betreten, nicht um österreichisches Gebiet zu erobern. Ihr Ziel ist ausschließlich die Zerschlagung der feindlichen deutsch-faschistischen Truppen und die Befreiung Österreichs von deutscher Abhängigkeit.

Die Rote Armee steht auf dem Boden der Moskauer Deklaration der verbündeten Mächte vom Oktober 1945 über die Unabhängigkeit Österreichs. Die Rote Armee wird dazu beitragen, dass in Österreich die Zustände wiederhergestellt werden, die bis zum Jahre 1938 in Österreich bestanden hatten.

Die Moskauer Deklaration der Regierungen der Sowjetunion, Großbritanniens und der USA erklärte, dass sie ihrem Wunsch Ausdruck geben, „ein freies und unabhängiges Österreich wiederhergestellt zu sehen und dadurch dem österreichischen Volk selbst ... die Möglichkeit zu geben, diejenige politische und wirtschaftliche Sicherheit zu finden, die die einzige Grundlage eines dauerhaften Friedens ist.“ Zu gleicher Zeit heißt es in dieser Deklaration: „Österreich wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, dass es für die Beseitigung am Kriege auf Seiten Hitlerdeutschlands die Verantwortung trägt, der es nicht entgehen kann, und dass bei der endgültigen Regelung unvermeidlich sein eigener Beitrag zu seiner Befreiung berücksichtigt werden wird.“

Entsprechend dem Wortlaut der Deklaration kämpft die Rote Armee gegen die deutschen Okkupanten, aber nicht gegen die Bevölkerung Österreichs.

Die Rote Armee kam nach Österreich nicht als Eroberungsarmee, sondern als Befreiungsarmee.

Bürger und Bürgerinnen Österreichs!

Unterstützt auf jede mögliche Weise die Truppen der Roten Armee, die auf österreichischen Boden operieren!

Bleibt an Euren Arbeits- und Wohnstätten! Setzt Eure friedliche Arbeit fort! Unterstützt die Rote Armee bei der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Sicherung der normalen Arbeit der Industrie-, Handels- und Kommunalbetriebe sowie sonstiger Unternehmungen!

Beobachtet gewissenhaft die vom Oberkommando der Roten Armee festgelegte militärische Ordnung! Vollführt alle Befehle und Anordnungen des Oberkommandos der Roten Armee, hervorgerufen durch die Notwendigkeit, Österreich möglich bald von den deutsch-faschistischen Truppen vollständig und restlos zu säubern, ebenso von allen Behörden, Einrichtungen und Agenten des Hitlerregimes.

Unterstützt die Rote Armee bei der Dingfestmachung von Hitleragenten, Provokateuren, Spionen, Schädlingen und aller der Elemente, die die rascheste Säuberung Österreichs von den Deutschen verhindern und den Maßnahmen der Roten Armee entgegenarbeiten.

Den Hitlerkreaturen und ihren Agenten ist kein Wort zu glauben!

Alle persönlichen Rechte und Eigentumsrechte österreichischer Staatsbürger, privater Gesellschaften und Vereine und das ihnen zugehörige Privateigentum bleiben unangetastet.

Bis zur Errichtung österreichischer Behörden auf demokratischem Wege durch das österreichische Volk selbst üben die Funktionen der zivilen Gewalt die vom Ortskommandanten der Roten Armee ernannten provisorischen Bürgermeister aus. Die provisorischen Bürgermeister werden der lokalen Bevölkerung entnommen.

Alle Industrie-, Handels-, Kommunal- und sonstigen Unternehmungen haben ihre normale Arbeit fortzusetzen.

Die nationalsozialistische Partei (NSDAP) wird aufgelöst. Die einfachen Mitglieder der nationalsozialistischen Partei werden nicht verfolgt, wenn sie sich den Sowjettruppen gegenüber loyal verhalten.

Die friedliche Bevölkerung Österreichs **hat nichts zu fürchten!**

Arbeiter und Gewerbetreibende! Geht an Eure Werkbänke in die Fabriken und in Eure Werkstätten!

Bauern und Bäuerinnen! Setzt fort Eure Frühlingsaussaat und Eure landwirtschaftlichen Arbeiten!

Händler und Unternehmer! Angehörige der freien Berufe! Geht ruhig wieder Eurer normalen Arbeit nach!

Angestellte der Handels-, Industrie- und Kommunalbetriebe! Sichert die normale Weiterarbeit Eurer Betriebe!

Geistliche und Gläubige! Ihr könnt ungestört Eure religiösen Riten und Gebräuche ausüben!

Österreicher!

Hitlerdeutschland hat den Krieg verloren und nichts kann es vor der völligen Zerschlagung retten. Die Stunde der Befreiung Österreichs vom deutschen Joch ist da.

Unterstützt, wo und wie Ihr nur könnt, die Rote Armee bei der Zerschlagung und Vernichtung der Hitlertruppen. Tragt durch eigene Leistung bei zur Befreiung Österreichs. Ihr werdet dadurch die volle Befreiung Österreichs beschleunigen, die Wiederherstellung seiner Freiheit und Unabhängigkeit.

**Der Befehlshaber der Truppen der 3. Ukrainischen Front,
Marschall der Sowjetunion
F. TOLBUCHIN**

Flugblatt, von sowjetischen Fliegern am 9.4.1945 über Wien abgeworfen

(Hervorhebungen im Original)

Bürger von Wien

Die Rote Armee versetzt den deutsch-faschistischen Truppen vernichtende Schläge. Sie steht bereits vor Wien.

Die Rote Armee marschierte in Österreich ein, nicht um österreichisches Gebiet zu erobern. Ihr Ziel ist ausschließlich die Zerschlagung der feindlichen deutsch-faschistischen Truppen und die Befreiung Österreichs von deutscher Abhängigkeit.

Die Rote Armee steht auf dem Boden der Moskauer Deklaration der Verbündeten Mächte über die Unabhängigkeit Österreichs. Sie wird dazu beitragen, dass in Österreich die Zustände wiederhergestellt werden, die bis zum Jahr 1938 in Österreich bestanden, d. h. bis zum Einfall der Deutschen in Österreich.

Die Rote Armee kämpft gegen die deutschen Okkupanten, aber nicht gegen die Bevölkerung Österreichs. Das österreichische Volk kann ruhig seiner friedlichen Arbeit nachgehen. Das von den Nazis verbreitete Gerücht, dass die Rote Armee angeblich alle Mitglieder der NSDAP vernichtet, ist Lüge. Die nationalsozialistische Partei wird aufgelöst, doch die einfachen Mitglieder der nationalsozialistischen Partei bleiben völlig unbehelligt, wenn sie sich gegen die Sowjettruppen loyal verhalten.

Die Stunde der Befreiung Wiens, der Hauptstadt Österreichs von deutscher Herrschaft ist da. Die abziehenden deutsch-faschistischen Truppen wollen jedoch auch Wien in ein Schlachtfeld verwandeln, wie sie dies mit Budapest getan hatten. Wien und seine Bewohner werden somit von denselben Zerstörungen und Schrecken des Krieges bedroht, wie sie die Deutschen auf Budapest und seine Bewohner heraufbeschworen hatten.

Um die Hauptstadt Österreichs, ihre geschichtliche Denkmäler der Kunst und Kultur zu erhalten,

STELLE ICH ANHEIM:

1. der Bevölkerung Wiens, die Stadt nicht zu verlassen, wenn ihr an der Erhaltung der Stadt gelegen ist. Ist Wien von den Deutschen gesäubert, seid Ihr die Schrecken des Krieges los. Die Wien verlassen, werden von den Deutschen in den Tod gejagt;
2. nicht zuzulassen, dass die Deutschen Wien verminen, die Brücken sprengen und die Häuser in Festungen verwandeln;
3. den Kampf gegen die Deutschen zu organisieren, um Wien vor der Zerstörung durch die Nazipreussen zu bewahren;
4. zu verhindern, dass die Deutschen Fabrikseinrichtungen, Waren und Lebensmittel aus Wien verschleppen und zwar durch das aktive Eingreifen aller Wiener; nicht zuzulassen, dass die Bevölkerung Wiens von den Deutschen geplündert wird.

BÜRGER VON WIEN

Unterstützt die Rote Armee bei der Befreiung Wiens, der Hauptstadt Österreichs!
Tragt bei zur Befreiung Österreichs vom deutsch-faschistischen Joch!

**Der Befehlshaber der Truppen der 3. Ukrainischen Front
Marschall der Sowjetunion
F. TOLBUCHIN**

Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes entstandene Vakuum mit verlässlichen Beamten gefüllt werden konnte. Ein Schritt dahin war die Schaffung der Sicherheitsdirektion für Niederösterreich, die aufgrund des Behördenüberleitungsgesetzes der Renner-Regierung im Juli 1945 erfolgte. Der Sicherheitsdirektor von Niederösterreich, Dr. Franz Baier, ging beim Wiederaufbau der Gendarmerie und Polizei stets in Einvernehmen mit sowjetischen Stellen, in der Regel mit dem für niederösterreichische Landesangelegenheiten verantwortlichen Generalleutnant Morosow, vor.

Auf dem Gebiet der *Information* war die vordringlichste Aufgabe die Gründung eines Mitteilungsblattes des provisorischen Landesausschusses, um auch in entlegenen Regionen Niederösterreichs

den Aufbau der Verwaltung nach einheitlichen Normen durchführen zu können. Es wurde die Wochenzeitung „Amtliche Nachrichten des provisorischen Landesausschusses für Niederösterreich“ gegründet, die sich nicht nur auf den Abdruck amtlicher Verlautbarungen beschränkte, sondern auch die für Niederösterreich wichtigen politischen und wirtschaftlichen Nachrichten veröffentlichte. Ähnlich der Tageszeitung „Neues Österreich“ wurde sie von den drei Parteien ÖVP, SPÖ und KPÖ gemeinsam herausgegeben. Als Landeshauptmann Figl am 20. Mai 1945 bei Generalleutnant Morosow den Antrag zur Herausgabe der „Amtlichen Nachrichten“ stellte und darum bat, einen Zensor der Roten Armee zur Verfügung zu stellen, antwortete Morosow, dass er keine Einwände habe,

da die Herausgabe eines Mitteilungsblattes „eine Angelegenheit der zivilen Verwaltung sei“; eine Zensur durch die sowjetische Besatzungsmacht, so Morosow, sei nicht notwendig und solle vom provisorischen Landesausschuss selbst ausgeübt werden.¹⁰ Die „Amtlichen Nachrichten“ hatten für den Aufbau einer einheitlichen Verwaltung in Niederösterreich große Bedeutung, weil darin die Bürgermeister, Bezirkshauptleute und provisorischen Ortsausschüsse regelmäßig über neu beschlossene Gesetze und Verordnungen informiert wurden.

Schon im Sommer 1945 konnte der niederösterreichische Landesausschuss in einer offiziellen Verlautbarung feststellen, dass es, wie es wörtlich hieß, „durch die verständnisvolle Unterstützung der Roten Armee“ gelungen sei, dass der gesamte Verwaltungsapparat in Niederösterreich bereits funktioniere und das schwerste Stück Pionierarbeit bereits geleistet sei.¹¹

Grundzüge der sowjetischen Österreichpolitik

1. Die sowjetische Österreichpolitik im Jahr 1945 legte in der Frage, ob Österreich als „besiegt“ oder als „befreit“ Land zu behandeln sei, den Akzent eindeutig auf die Befreiungsmision. Sie unterschied sich damit von der Haltung der Westmächte, die Österreich eher als besiegtes Land betrachteten und deren Planung für Österreich einen länger dauernden Demokratisierungsprozess unter alliierter Militäraufsicht vorsah, der erst in der letzten Phase zur Errichtung einer eigenen österreichischen Regierung und Verwaltung führen sollte. Die westlichen Alliierten hatten eine eigenständige österreichische Initiative in diesem Prozess nicht vorgesehen, was auf sowjetischer Seite sehr wohl der Fall war.¹²

2. Das sowjetische Vorgehen in Österreich unterschied sich auch merklich von dem in Deutschland. Während die sowjetische Militäradministration in ihrer Besatzungszone in Deutschland selbst daranging, deutsche Zentralverwaltungsbehörden zu installieren, blieb diese Aufgabe in Österreich österreichischen Stellen vorbehalten. Während die Verwaltungsbehörden in Wien und Niederösterreich sehr früh ein kräftiges Eigenleben entwickeln konnten und ein relativ großes Maß an Unabhängigkeit erhielten, auch sehr bald von den sowjetischen Stellen die Verwaltungshoheit übertragen bekamen, bleiben die Zentralverwaltungen in Deutschland im Jahr 1945 ein Hilfsorgan der sowjetischen Militäradministration ohne eigene Machtkompetenz.

3. Die Sowjetunion behielt auch im Falle Österreichs ihre bis dahin in den befreiten Ländern Ost- und Südeuropas geübte Praxis bei, nämlich die Verantwortung für die Verwaltung der freige kämpften Gebiete möglichst rasch an nationale Repräsentanten zu übertragen. Diese Praxis war sowohl politisch motiviert als auch militärisch bedingt. Politisch motiviert, weil ein Ignorieren oder Beiseiteschieben demokratischer Initiativen der ansässigen Bevölkerung der Mission der Anti-Hitler-Koalition, den befreiten europäischen Völkern bei der Ausmerzung des Faschismus und der Normalisierung des täglichen Lebens Unterstützung zu gewähren, nicht entsprechen hätte; militärisch bedingt, weil man sich sowjetischerseits nicht mit ausgedehnten Militärverwaltungsaufgaben belasten wollte, sondern die Offiziere der Roten Armee für die rein militärischen Aufgaben freizuhalten suchte. Das Konzept der wohl zentralen Persönlichkeit der damaligen sowjetischen Österreichpolitik, des Generalobersten Alexej Shel'tow, Mitglied des Kriegsrates der 3. Ukrainischen Front, ging vielmehr dahin, ein eher unkompliziertes Verwaltungssystem zu schaffen und die Tätigkeit der Militärkommandanturen sofort einzuschränken, sobald irgendeine österreichische Bezirksbehörde zu amtieren begann. Bei der Auswahl der Starosten, Dorfältesten, Bürgermeister, Bezirkshauptleute usw. ging man keineswegs willkürlich vor, sondern akzeptierte meist diejenigen, die von österreichischer Seite vorgeschlagen wurden.

4. Die österreichischen HistorikerInnen, die sich in den letzten Jahren in Büchern und Aufsätzen mit der Besatzungszeit beschäftigt haben, sind sich darin einig, dass die sowjetischen Militärdienststellen gegenüber der Renner-Regierung und allen anderen an der Wiedererrichtung Österreichs wirkenden Stellen eine bei weitem liberalere Haltung an den Tag legten als die westlichen Alliierten in ihren Besatzungszonen.¹³ Diese Haltung modifizierte sich erst im Herbst 1945, nach der Errichtung der Alliierten Kommission für Österreich, als, proportional dem Anwachsen der interalliierten Spannungen und aufgrund des 1. Kontrollabkommens, die österreichische Verwaltung in allen Besatzungszonen bestimmten Reglementierungen unterworfen wurde. Dazu gehörte die Pflicht, der sowjetischen Kontrollkommission in Niederösterreich turnusmäßig über alle Vorgänge von politischer Relevanz Bericht zu erstatten und das Verlangen der

sowjetischen Stellen, über die Namen aller Personen, die ein öffentliches Amt bekleideten, informiert zu werden.

Zusammenfassung

Welche Folgen hatten die eben genannten Prinzipien und Merkmale der sowjetischen Österreichrepublik im Jahr 1945?

Dadurch, dass man die Schaffung der zentralen Administration der Renner-Regierung überließ, war der Verwaltung von Anfang an eine österreichische Oberinstanz gegeben worden, die bei weitem flexibler agieren konnte als etwa eine überbürokratisierte alliierte Aufsichtsbehörde. Österreich gewann durch die Einsetzung der Renner-Regierung Monate für den raschen Beginn des Wiederaufbaus. Durch die sowjetische Initiative ergab sich eine günstige Situation, weil damit die provisorische Renner-Regierung an die Reorganisation der demokratischen Institutionen schreiten konnte und die Länder und Gemeinden rascher demokratische Vertretungsorgane erhielten, als dies durch bloß alliierte Maßnahmen oder unter Ägide einer gemeinsamen Militärregierung geschehen hätte können.

Bei all dem Gesagten muss berücksichtigt werden, dass die Verhältnisse des Jahres 1945 kein Verwalten in herkömmlichem Sinn erlaubten. Es war damals nicht die Zeit für bürokratisches Administrieren, für ein abstraktes Dirigieren vom Schreibtisch aus. Man musste selbst Hand anlegen, Selbstinitiative entfalten, man musste improvisieren, Organisationstalent zeigen, man musste mit dem Einfachsten, dem Elementarsten beginnen und wie bei jedem neuen Bau zuerst das Fundament legen. Verwalten hieß damals engsten Kontakt zu den Menschen in den Dörfern und Städten, in den Betrieben, Werkstätten und Bauernhöfen pflegen. Verwalten hieß damals, die Tatkraft jedes Einzelnen wecken, die Menschen an der Basis zur demokratischen Mitwirkung an der Durchführung der notwendigen Maßnahmen hinführen. Dass das in jenen Tagen zu einem erheblichen Teil gelang, beweist, wie sehr die Antifaschisten von einer Stimmung des Aufbruchs, von einem neuen, einem Österreichbewusstsein erfüllt waren.

Es wäre eine idyllische Betrachtungsweise, wollte man die Schwierigkeiten des Jahres 1945, auch die, die sich im Verhältnis zwischen der sowjetischen Besatzungsmacht und den österreichischen Verwaltungsstellen ergaben, übersehen oder gar leugnen. Sie verblissen aber vor dem großen Werk, das beide Seiten in diesen Wochen und Monaten vollbrach-

ten. So sah es auch Karl Renner, als er in einem Interview für die „Österreichische Zeitung“ vom 22. September 1945 auf die Frage, worin er den Haupterfolg der bisherigen Tätigkeit der Staatsregierung sehe, antwortete. Renner sagte:

„Das österreichische Volk war im April 1945 ein Volk ohne Staat, ohne Verwaltung und Gerichtsbarkeit. Heute ist die staatliche Organisation wieder vollständig hergestellt und die öffentliche Ruhe und Ordnung gesichert, soweit die Kriegsfolgen das ermöglichen. Österreich hat sich zur *Selbstverwaltung reif gezeigt*.“¹⁴

Auf die zweite Frage, welche Hilfe die Rote Armee beim österreichischen Wiederaufbau erwies, antwortete Karl Renner:

„Ihr verdanken wir, dass sie uns über jedes Gebiet, das von Kriegshandlungen frei war, die Zivilverwaltung anvertraut hat. Selbstverständlich ist die okkupierende Macht nach Kriegsrecht oberster Herr im Land, aber sie hat uns die Ausübung unserer behördlichen Funktionen erleichtert und uns dabei *in jeder Weise unterstützt*.“¹⁵

Anmerkungen:

1/ Teheran – Jalta – Potsdam. Dokumentensammlung, Moskau 1978, S. 203

2/ Wilfried Aichinger, Sowjetische Österreichpolitik 1943–1945, Diss., Wien 1977, S. 136

3/ Siehe: UdSSR – Österreich 1938–1979. Dokumente und Materialien, Moskau 1980, S. 19 ff.

4/ Hans Hautmann, Der Polizeiliche Hilfsdienst für die Kommandantur der Stadt Wien im Jahr 1945, in: Quellen & Studien 2000. Die Alfred Klahr Gesellschaft und ihr Archiv. Beiträge zur österreichischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, Wien 2000, S. 281

5/ Ebenda, S. 284

6/ Ebenda, S. 287

7/ W. Aichinger, a. a. O., S. 205 ff.

8/ Manfred Rauchensteiner, Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955, Graz–Wien–Köln 1979, S. 80

9/ Ebenda, S. 82

10/ W. Aichinger, a. a. O., S. 222

11/ Edmund Weber, Neuer Geist in Niederösterreich. Die Landesverwaltung in voller Funktion, in: Neues Österreich, 22. Juni 1945, S. 2

12/ Fritz Fellner, Die außerpolitische und völkerrechtliche Situation Österreichs 1938. Österreichs Wiederherstellung als Kriegsziel der Alliierten, in: Österreich. Die Zweite Republik, hrsg. von Erika Weinzierl und Kurt Skalnik, Band 1, Graz–Wien–Köln 1972, S. 86

13/ M. Rauchensteiner, a. a. O., S. 78

14/ Neues Österreich, 23. September 1945, S. 2. Hervorhebungen im Original

15/ Ebenda, Hervorhebungen im Original

„Eine gute Idee hört nicht auf, eine gute Idee zu sein, nur weil sie einmal verpfuscht worden ist.“

Dieses Zitat des Kriminalinspektors Fuchs über den Sozialismus schrieb Heinz R. Unger als Widmung in sein 2004 beim Innsbrucker Haymon-Verlag erschienenen Buch „Löwenslauf“.

Heinz R. Unger ist Drehbuch- und Liederschreiber, Lyriker, Verfasser zahlreicher Kinderbücher und seit der „Proletenpassion“, vor allem aber seit seinem 1987 erschienenen Theaterstück „Zwölfeläuten“ (Teil der Triologie „Republik des Vergessens“) bekannt für seine einfühlsame literarische Aufarbeitung der

Heinz R. Unger im Interview („Kurier“)

Die Figuren sind Sammelbecken von ein bis drei realen Personen. So absonderlich sich die Geschichte liest, ich kenne Menschen, denen Ähnliches widerfahren ist. Jener SS-Mann etwa, der von einem Baustellengerüst stürzt und stirbt, ist aus dem Burgenland, ein Waisenkind, das sich als Flaghelfer anwerben hat lassen. Die Schicksale meiner Figuren sind authentisch, Erfindungen passieren in meinen Geschichten anderswo.

Man soll nicht vergessen, was war, doch den Zeigefinger versuche ich zu vermeiden. In einer Situation wie der Naziherrschaft treten bestimmte menschliche Verhaltensweisen ganz krass zu Tage. Mitläufertum, Wegschauen, Duckmäsertum. Das möchte ich „aufzeigen“.

Sie könnten doch auch tagespolitisch relevante Themen behandeln. Warum befassen Sie sich immer mit der österreichischen Vergangenheit? Interessiert Sie die Politik von heute weniger als die von gestern? Im Gegenteil, sie interessiert mich mehr, aber sie hat im Gestern ihre Wurzeln. Ich könnte außerdem keine Polemiken abliefern, dazu schreibe ich zu langsam. Es kommt oft etwas hoch und ich werde wütend, wenn ich Zeitung lese. Aber bis ich meine Gedanken so formuliert habe, dass ich sie rauslassen könnte, ist das Thema schon inaktuell. Ich habe mir diese andere Art des Schreibens angeeignet. Also Journalist musste ich schnell schreiben und den Punkt treffen. Wenn du aus diesem Berufsbild einmal aussteigst, verlangsamt sich alles.

Vergangenheit Österreichs. Sein neuer Roman „Löwenslauf“ spielt im Wien der Nachkriegszeit. Die zentrale Geschichte ist die Lebensgeschichte zweier Männer: eines pensionierten Kriminalinspektors Fuchs, eines alten Widerstandskämpfers und Kommunisten, wie es sie in der Wiener Polizei nach 1945 viele gab, der keine Gefühle mehr zulässt, und die des Juden Lapinskis, eines Mannes mit dem geliehenen Namen eines Hasen, der sich als Löwe fühlt – ein Mann mit „verfehlter“ Identität. Er hat sie im französischen Widerstand bekommen und behalten. In dieser Erkundung von Krieg und Widerstand kommen die Nationalsozialisten als Gestalten fast nicht vor. Die Aufdeckung vergangener und auch heutiger Schuld wird nur aus der Perspektive dieser beiden Antifaschisten erzählt. Das Verbrechen, das die beiden zufällig zusammenführt, ist vermutlich keines, obwohl es einen SS-Mann betrifft, verbindet aber beider rückgeblendeten Leben.

Die verpfuschten Biografien beider Hauptfiguren nehmen in Rückblenden Gestalt an, ebenso wie das Wien der Nachkriegszeit bis herauf in die 1970er Jahre. Lapinski sieht alle Menschen als Tiere, vor allem den Löwen misst er spezielle Gaben zu, was die Löwenmenschen als Element des Romans etwas zu bestimmend werden lässt und den Roman ein wenig ins Reich der Fabel gleiten lässt.

LISL RIZY

„Sie haben mir einmal erzählt“, sagte Lapinski zu Fuchs, „Sie würden keinen von denen, die Sie gequält haben, erkennen, wenn sie in Zivil neben Ihnen im Wirtshaus saßen. Sehen Sie, das glaube ich Ihnen nicht, Fuchs. Ich werde diese beiden Gestapo-Typen in meinem ganzen Leben nicht vergessen, ich würde sie aus einer Menge von tausend Leuten herausfinden.“

„Wie?“

„Die Augen, die Lippen – was weiß ich, einfach alles“, sagte Lapinski und machte eine fahrigere Bewegung. „Und was noch schlimmer ist, fast so etwas wie ein Fluch, ich kann auch all die potenziellen Gestapo-Typen erkennen, ich kann sie riechen ...“

„Jetzt machen Sie aber einen Punkt, Lapinski“, sagte Fuchs. „Riechen, das ist doch lächerlich! Und was meinen Sie mit potenziellen Gestapo-Typen?“

„Jene, die heute wieder dasselbe machen würden, wenn sie könnten. Ich erkenne sie, wenn sie auf der Straße vorbeigehen, wenn sie neben mir im Bus sitzen. Heute habe ich im Bus eine Frau ge-

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Univ. Prof. Dr. Hans Hautmann

weitere MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Manfred Mugrauer, Lisl Rizy

Layout: Manfred Mugrauer

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Tel.: (+43-1) 982 10 86

FAX: (+43-1) 982 10 86 DW 18

e-mail: klahr.gesellschaft@aon.at

Internet: www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

An dieser Stelle möchten wir uns erneut an unsere FreundInnen mit der Bitte wenden, Materialien aller Art (Bücher, Zeitungen, Zeitschriften, Dokumente, Flugblätter, Abzeichen, Fotos, Gegenstände usw.), die die Sammeltätigkeit der Alfred Klahr Gesellschaft betreffen, dieser zu übergeben, bzw. es uns zu ermöglichen, diese zu sichten und eventuell Kopien anzufertigen.

sehen, strenger Haarknoten, kalter Blick, Lippen wie ein Bindestrich. Bei der hab ich mir gedacht, die gäbe eine glaubwürdige KZ-Aufseherin ab.“

„Sie spinnen, Lapinski“, sagte Fuchs. „Und Sie können sich da ganz gewaltig täuschen. Glauben Sie mir, ich bin Polizist. Man sieht es keinem an!“ Und nach einer kurzen Pause setzte er fort: „Aber es steckt in jedem drinnen.“

„Menschen sind Tiere“, sagte Lapinski apodiktisch. (S. 117f.)

www.klahrgesellschaft.at

- Sämtliche Beiträge aus den „Mitteilungen“ der Jahrgänge 1994–2004
- diverse Referate von Symposien und Veranstaltungen im Volltext
- Übersicht über aktuelle und bisherige Veranstaltungen der AKG
- Informationen über die Sammlungen des Archivs der AKG
- Beiträge und Bibliographien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs
- Publikationen der AKG